

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung im Voraus für sechs Monate 1,80 M. in voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänemark, das Baltikum, Mittel- und Ostpreußen, die Ostsee, die Ostprovinzen Litauens, Lettlands, Estlands, das Baltische Küstengebiet sowie die Ostprovinzen Polens a. Luxemburg 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 6 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 30b.

Die schlagpolierte Kopiermaschine über deren Bauwert 5.- M. einschließlich Erwerbszulage. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbszulage. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Englischer Vormarsch in Oberschlesien

Nach den neuesten Meldungen sollen die Engländer, die unter dem Oberbefehl des Generals Henniker stehen, den Vormarsch aufgenommen haben. In Tarnowitz, Kattowitz und Zembowitz ist es in den letzten Tagen noch zu schweren Kämpfen mit den Deutschen gekommen, doch zu schweren Kämpfen vor der Entsetzung durch die englischen Truppen stehen. Wie es scheint, ist es zwischen England und Frankreich zu einer Verständigung gekommen. Auch General Höfer, der Befehlshaber des deutschen Selbstschutzes, soll dem General Henniker das Versprechen gegeben haben, daß er nicht vorrücken werde.

Wir sehen in diesem Verhalten den einzig richtigen Weg und erwarten, daß er von deutscher Seite unter allen Umständen eingehalten wird. Voraussetzung ist natürlich, daß auch die wilden Orgesch-Verbände, die in Oberschlesien ihr Unwesen treiben, endlich aufgelöst und zurückgeführt werden. Leider haben für diese wilden Verbände bis in die letzten Tage hinein noch immer Werbungen stattgefunden. Es ist charakteristisch, daß das berühmte Freikorps Oberland durch die Telegraphen-Union eine Erklärung verbreiten läßt, die den Anschein erwecken kann, als wolle sich das Freikorps Oberland auf alle Zeiten in Oberschlesien festsetzen. In der Erklärung heißt es: „Zur Steuer der Wahrheit sei festgestellt, daß das Korps von ausgezeichneter Geistesbegeisterung ist. Es herrscht in ihm strenge Manneszucht. Offizieren und Mannschaften steht man es an, daß sie von selbstloser Vaterlandsliebe befeuert sind. Ihre Tapferkeit und Todesverachtung ist geradezu bewundernswürdig. Wir können nur wünschen, daß diese ausgezeichnete Truppe noch recht lange zum Schutz unserer ober-schlesischen Heimat hier verbleibe.“

Das klingt ganz so, wie im August 1914 und zeigt recht deutlich, wie notwendig es ist, gerade dieses Freikorps recht schnell aus Oberschlesien zu entfernen. Das Korps leistet sich nebenbei noch eine grobe Unwahrheit. Es behauptet, Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaften hätten ihm das Vertrauen ausgesprochen. Um Arbeiterpartei und freie Gewerkschaften kann es sich dabei natürlich nicht handeln. Höchstens um deutschnationale und Gelbe.

Dypeln, 9. Juni.

Bürgerliche Obstruktion in Braunschweig

Braunschweig, 9. Juni.

Als in der heutigen Sitzung der Landessammlung darüber abgeklärt werden sollte, daß der Staatshaushalt dem Finanzamt zur Vorbereitung überwiesen werden soll, ergab sich wiederum die Beschlusunfähigkeit des Hauses. Der Präsident schloß die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Vorkommensauschuss beschlossen habe, die Sitzungen auf etwa drei Wochen zu unterbrechen.

Die Lage im Waldenburger Streik

Waldenburg, 9. Juni.

Die teilweise Urabstimmung im Waldenburger Streik hat eine teilweise Mehrheit für Beilegung des Ausstandes ergeben. Die Belegschaft der Neuröder Gruben ist nicht eingefahren, jedoch kann mit der Aufnahme der Arbeit bis Ende der Woche gerechnet werden. Die Belegschaft der Rothenbacher Gruben, die durch polnische Arbeiter ersetzt wurde, ist heute morgen eingefahren. Eine Beschlusung durch Kommunisten hat dabei nicht stattgefunden.

Die Betriebsratswahlen im Ruhrrevier

Wie der Korrespondent der „Dena“ aus Essen meldet, sind die Betriebsratswahlen im Ruhrrevier abgeschlossen. Das Ergebnis zeigt, daß die gemäßigtere Richtung wohl ein starkes Übergewicht in der Vertretung hat, jedoch sind die radikalsten Richtungen auch nicht noch nicht zu unterschätzen. Das Ergebnis ist folgendes: Freie Gewerkschaften 1236 Vertreter, Freie Arbeiter-Union (Gelsenkirchener Richtung) 670 Vertreter, Christliche Gewerkschaften 434, Syndikalistische Verbände verschiedener Richtungen (Freie Arbeiter-Union Berliner Richtung) 120 Vertreter, Polnische Berufsvereinigungen 106, R. A. P. D. 72 Vertreter. Diese Zahlen bestätigen unsere Auffassung, die wir schon nach der Meldung der ersten Teilergebnisse ausgesprochen haben. Die R. A. P. D. tritt weit zurück hinter die Syndikalisten, die nunmehr der Moskauer Gewerkschaftsinternationale angehören. Das zeigt, daß alles, was auf die Moskauer Gewerkschaftspropaganda folgt, womit von neuem erwiesen ist, wohin die kommunistische Propaganda führt: zur Zersplitterung der Verbände.

London, 9. Juni. Der „Morning Post“ wird aus Amsterdam gemeldet, daß die Kommission des internationalen Gewerkschaftsverbandes, welche sich nach Oberschlesien begibt, um die oberschlesische Frage von ihrer politischen Seite zu studieren, diese Woche abreisen wird. Joubert wird an den Arbeiten dieser Kommission teilnehmen.

Der englisch-französische Notenwechsel über Oberschlesien

Paris, 9. Juni.

Im Gegensatz zu den Morgenblättern gibt der „Temps“ in seinem Leitartikel folgenden Vermutungen über den Inhalt der gestern hier eingetroffenen englischen Note zu der oberschlesischen Frage und der Antwort der französischen Regierung Raum. Danach teilt das englische Auswärtige Amt mit, daß es in Berlin durch Lord d'Alverton habe wissen lassen, daß die Anwesenheit englischer Streitkräfte in Schlesien jeden Eingriff der Deutschen überflüssig mache. Andererseits verlange die englische Regierung, daß die Verbündeten unverzüglich strenge Maßnahmen ergreifen, um dem polnischen Zustand ein Ende zu bereiten und daß die Anweisungen an General Le Rond eine ständige Zusammenarbeit zwischen ihm und seinen englischen Kollegen sicherstellen.

In ihrer Antwort führte die französische Regierung aus, daß sie ihrerseits nie gezwungen habe, in Oberschlesien alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Wiederherstellung der Ordnung beitragen könnten.

Ablehnung eines polnischen Waffenstillstandsangebots

W. Dypeln, 9. Juni.

General Henniker gibt bekannt, daß er das neue Waffenstillstandsangebot der polnischen Insurgenten an den englischen Stab abgelehnt habe. Zwischen Kreuzburg und Lublitz ist englische Artillerie bereits in die polnischen Stellungen eingedrungen.

Dr. Mayer bei Briand

Paris, 9. Juni.

Wie die Havasagentur berichtet, hat Botschafter Dr. Mayer dem Ministerpräsidenten Briand einen Besuch abgeflattet und dabei den Zwischenfall besprochen, der sich am Dienstag in Oberschlesien zwischen Truppen des Generals Höfer und einer französischen Patrouille ereignet hat. Der Botschafter habe das Bedauern seiner Regierung über den Zwischenfall ausgesprochen.

Das belgische Vorzugsrecht

Brüssel, 9. Juni.

Halbamtlich wird bekanntgegeben, daß Belgien auf sein Vorzugsrecht auf deutsche Zahlungen nicht verzichten werde. Es müßten nicht nur die Kosten der Belegung, sondern auch sämtliche Kriegskosten zurückerstattet werden. Eine Frage, die Belgien besonders interessiert, sei die Berechnung der deutschen Kohlenlieferungen, die auf dem Wasserwege erfolgen. Zu diesem Zweck werde demnächst eine Konferenz in Paris zusammentreten, die sich auch mit der Frage beschäftigen werde, welche Summen Belgien von den Reparationszahlungen Deutschland zu erhalten habe.

Klara Zetkin in Riga verhaftet. Wie der Rigaer Korrespondent der „Dena“ drahtet, wurde Klara Zetkin auf der Durchreise nach Moskau, wo sie am dort stattfindenden Kongress der dritten Internationale teilnehmen beabsichtigte, in Riga von der dortigen politischen Polizei verhaftet und einer Quälstation unterzogen. Auf den sofort erfolgten Protest des deutschen Geschäftsträgers beim lettischen Außenministerium wurde Frau Zetkin nach mehrstündiger Festhaltung freigelassen.

Französische Notendrängung. Die französische Kammer begann am Donnerstag die Generaldebatte über das Schiffbauprogramm. Nach vielen Verhandlungen in der Marinekommission haben sich die vereinigten Marine- und Landheeresabteilungen dahin geeinigt, vom Parlament Kredite zum Bau von fünf Panzerschiffen, Top Normandie, drei leichten Kreuzern, sechs Torpedojägern, zwölf Torpedobooten und zwölf Unterseebooten zu verlangen, außerdem einen Kredit für die Umwandlung eines Panzerschiffes Berne in ein Flugzeug-Muttergeschiff.

Wahlniederlage der englischen Regierungskammer. Bei der Wahl zum Parlament in Heywood in der Grafschaft Lancashire legte der Kandidat der Arbeiterpartei Hallis mit 13.490 Stimmen. Der Kandidat der Koalitionsliberalen erhielt 13.125 und der der Liberalen 5671 Stimmen.

Die Pflicht zur Sozialisierung

Als die deutsche organisierte Arbeiterschaft durch ihren machtvollen Generalstreik den Gewaltstreik der Kapitalisten niedergezwungen hatte, da verhandelte sie mit der von eiliger Flucht zurückgekehrten Regierung Bauer wie von Macht zu Macht über die Friedensbedingungen. Unter den Forderungen, von deren Anerkennung die Arbeiterschaft die Wiederaufnahme der Arbeit abhängig machte, befand sich auch die Neubildung der Sozialisierungskommission und die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft. Die Neubildung der Sozialisierungskommission erfolgte, und das Versprechen, die Kohlensozialisierung alsbald durch Gesetz herbeizuführen, erschien von nun ab in den programmatischen Erklärungen einer jeden Regierung, die der Wechsel der politischen Umstände und Strömungen in Deutschland werden ließ.

Dabei blieb es. Worüber die Arbeiterschaft am wenigsten verwundert oder enttäuscht sein konnte, denn sie wußte, daß sie um die Sozialisierung einen Kampf wird führen müssen, dessen Verlauf und Erfolg am wenigsten bestimmt wird durch das Wohlwollen einer Regierung. Dennoch bleibt das Begehren der Arbeiterschaft nach der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft als Forderung an jede Reichsregierung bestehen. Eine jede neue Regierung findet das Sozialisierungsversprechen als uneingelöstes Versprechen vor, auch die Regierung Wirth.

An sie wendet sich diese Forderung mehr noch als an ein anderes Kabinett, denn wenn die Regierung Wirth ihre Verpflichtung zur Erfüllung des Ultimatum einlösen will, so muß sie dabei der tätigen Hilfe der Arbeiterklasse gewiß sein, die sie nur erwerben und erhalten kann, wenn sie sich in keinem Punkte als Regierung gegen die Arbeiterschaft erweist, wenn sie den Willen der Arbeiterklasse zur Mitwirkung bei den Reparationsleistungen steigert, indem sie die finanziellen Kosten und Opfer auf die starken Schultern der Besitzenden legt, und wenn sie ferner den Eifer der Arbeiter zur Steigerung der Produktionsleistung fördert, durch die Mehrung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gestaltung der Produktion in Form der Sozialisierung.

In demselben Augenblick, da die Regierung Wirth ihr Amt angetreten hatte, wurde die Forderung nach der Kohlensozialisierung von den für diese Frage berufenen Sprechern der Arbeiterklasse, von den organisierten Bergarbeitern, von neuem erhoben. Wir wenigstens haben die Hoffnung, daß wir in den Bergarbeitern die Sprecher der gesamten Arbeiterklasse sehen können, daß die gesamte Arbeiterschaft begriffen hat, daß der Kampf um die Sozialisierung sie alle angeht, denn die Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft ist keine Frage der Bergarbeiter, wie Hue in Gießen mit Recht betonte, sondern eine Frage der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Hue bezeichnete es als eine Provokation der Arbeiterschaft, daß die Vorschläge der Sozialisierungskommission heute im Reichswirtschaftsrat ruhen, daß keine Hand sich rührt, um sie zu verwirklichen. Er hob hervor, daß die Führer der Bergarbeiter unter Preisgabe ihrer Popularität für die Leistungen von Arbeitern eingetreten seien. Damit sei es indes zu Ende, denn die Bergarbeiter seien nicht geneigt, die Mehrleistungen auszubringen, um dem Trustkapitalismus neue Gewinne zu sichern. Nur für das ganze deutsche Volk seien die Bergarbeiter zu Mehrleistungen bereit. Eine Entschließung des Verbandstages der Bergarbeiter in Gießen wies die Unternehmervorschläge zur Organisation der Kohlenwirtschaft zurück, denn sie beabsichtigten keine Sozialisierung, sondern eine außerordentliche Unterstützung der Vertrauensbestrebungen. Die Bergarbeiter fordern von der Reichsregierung von neuem einen Gegenschritt, der die Sozialisierung des Bergbaues unter Zugrundelegung des Vorschlages 1 der Sozialisierungskommission bezweckt. Auch diese Entschließung erinnert die früheren Regierungen an ihre gegebenen Versprechen.

Es wird sich nun demnächst entscheiden müssen, ob die gesamte Arbeiterschaft bereit ist, sich zum Kampfe um die Sozialisierung neben die Bergarbeiter zu stellen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afbund und die sozialistischen Parteien haben die Verpflichtung, den Beschluß der Bergarbeiter als einen Ruf zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Einheitsbewegung der Arbeiterklasse für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft zu betrachten. Ueber die Kampfbereitschaft unserer Partei kann kein Zweifel sein. Wir erwarten, daß die Rechtssozialisten ihre sehr zögernde Haltung, an die der Genosse Crispian in seiner letzten Reichstagsrede wieder erinnerte, nunmehr aufgeben und der dringenden Notwendigkeit der Stunde Rechnung tragen. Ihre Stellung als Regierungspartei läßt ihre Haltung wichtiger denn je erscheinen.

Es wird sich weiter zeigen müssen, ob die christlichen Bergarbeiter, die beim Kampfe um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft als wichtiger Faktor in Betracht kommen, zur Erfüllung der Verpflichtungen bereit sind, die sie durch ihre Mitgliedschaft im Internationalen

Bergarbeiterbund auf sich genommen haben. Seit der Genfer internationalen Tagung der Bergarbeiter im vorigen Jahr, die Herr Zimbusch, den Führer der christlichen Bergarbeiter, in den Vorstand des Internationalen Bergarbeiterbundes wählte, steht die Forderung der Sozialisierung im Program der Bergarbeiter-Internationale. Das hat Herr Zimbusch nicht gehindert, auf einem späteren Verbandstage des christlichen Bergarbeiterverbandes eine schöne Rede gegen die Sozialisierung zu halten.

Das geschah zu einer Zeit, als die Partei des Herrn Zimbusch, das Zentrum, mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei eine rein bürgerliche Regierung bildete, die noch dazu mit dem Fluge des Sinnes behaftet war. Es ist möglich, daß diese politische Atmosphäre Herrn Zimbusch zu der Vorstellung veranlaßt hatte, er und seine Organisation könnten sich der in Genf eingegangenen Verpflichtung entziehen. Es ist auch möglich, daß die konsequent antisozialistische, vom westlichen Schwerindustriellen Kapital beeinflusste Richtung im Zentrum und in den christlichen Gewerkschaften infolge jener politischen Luft die Oberhand hatte. Wir haben das Wesen dieser Strömung in letzter Zeit mehrfach gekennzeichnet, und wir können nur hoffen, daß sie gegenwärtig ohne Einfluß ist, denn sonst könnte hieraus eine Gefahr für die Stellung des Zentrums in der gegenwärtigen Reichsregierung und eine besondere Schwierigkeit für den Reichskanzler Wirth erwachsen. Die Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wird das Merkmal sein, an dem sich die Geister im Zentrum zu scheiden und zu entscheiden haben. Wir erwarten in allernächster Zeit eine Aeußerung der christlichen Bergarbeiter zu dem Gießer-Beschluß ihrer Kameraden von der freigewerkschaftlichen Richtung.

Der Reichskanzler Wirth hat in seinen Aeußerungen der jüngsten Zeit mehrfach zu erkennen gegeben, das er bei den von ihm geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen, die der Erfüllung des Ultimatus dienen sollen, auch an die Kohle denkt. Er hat hervorgehoben, Deutschland könne es sich nicht leisten, daß die aus dem Vorhandensein außerordentlich wertvoller Bodenschätze fließenden wirtschaftlichen Vorteile einer kleinen Schicht von Besitzern überlassen bleiben.

Aber selbst wenn Wirth von diesen Andeutungen zu Taten schreitet, wenn die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um die Sozialisierung das Wohlwollen der größten Regierungsparteien und die Treue der christlichen Bergarbeiter zu ihren Verpflichtungen gegenüber der Bergarbeiter-Internationale auf ihrer Seite hat — selbst dann sind die Widerstände gegen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft noch unendlich groß. Die Front der Gegner der Sozialisierung reicht bis in die Regierungsparteien hinein und sie wird dort besonders — wenn wir nach unseren obigen Darstellungen vom Zentrum einmal absehen wollen, über dessen Unzuverlässigkeit wir uns vollkommen klar sind — durch die Demokraten verkörpert. Die „Kreuzzeitung“ gliedert sehr hübsch die Haltung der Regierung Fehrenbach zur Sozialisierungsfrage. Man hätte gespannt sein können, meint das Blatt, wie ein von der Deutschen Volkspartei als Regierungspartei mitvertreter Sozialisierungsentwurf ausgehen würde. Auf einen Entwurf, den die Demokraten mit vertreten, kann man ebenso gespannt sein. Von dieser Seite hat die Arbeiterschaft mit starkem Widerstand zu rechnen, was aber nur ein Grund mehr ist, zum ernsthaften Kampf zu rufen.

Als letzter Grund gegen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wird von ihren Gegnern angeführt, daß das deutsche Wirtschaftsleben gegenwärtig keinerlei Erschütterungen vertragen könne. Der deutsche Wirtschaftskörper sei zu krank, heißt es, um tiefgreifende Eingriffe auszuhalten zu können. Besonders legt sie jede Verschwendung von Kraft für „Experimente“ nur geeignet, die Steigerung der Leistungen, die zur Erfüllung der Reparationsforderungen notwendig sind, zu mindern, statt sie zu mehren. Diese Einwendungen sind gleichwertig den demagogischen Bedrohungen, mit denen die bürgerlichen Parteien bisher die ernsthafte Erörterung der Reparationsfrage überhaupt unmöglich gemacht, ihre Lösung hinausgeschoben und die internationale Krise zum Konflikt gesteigert haben. Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft ist kein Experiment, sie wird keine tiefgreifenden Erschütterungen der Wirtschaft nach sich ziehen, denn die Arbeiterschaft ist sittlich reif zur Lösung dieser Aufgabe, besonders dann, wenn ihr diese Aufgabe gestellt wird zu dem Zweck, einen entscheidenden Schritt herauszutun aus jener wirtschaftlichen Not in die das deutsche Volk durch die Politik aller Regierungen seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung geraten ist. Genau umgekehrt ist es richtig: die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft ist eines der wichtigsten Mittel, um alle produktiven Kräfte des Landes frei zu machen zur Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen des Ultimatus. Die Arbeiterschaft wird sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen, indem sie den Kampf um ihre Forderung durch Besonnenheit, Klugheit und Energie zugleich aufnimmt, und indem sie der gesamten bürgerlichen Welt ein großes Beispiel dafür gibt, wie eine vom Gemeinwohl getragene, in Solidarität verbundene Bevölkerung auch die letzten und stärksten Hemmungen auf dem Wege zur Gesundung aus tiefster Not überwindet.

Reparationen und Weltwirtschaft

Der papierene Völkerbund

In seiner Rede in Manchester, über die wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, sagte Churchill noch, die Vereinigten Staaten seien die größte Gläubigernation, Deutschland die größte Schuldernation geworden. Während Deutschland den alliierten Nationen an Reparationen Tausende von Millionen Pfund Sterling schulde, läßen die Gläubigernationen infolge der internationalen Währungs ihren Ausfuhrhandel sehr vermindert. Deutschland, das bereits 350 Millionen Pfund Sterling von seinen Reparationsverpflichtungen abbezahlt habe, und außer Kohle keine bedeutenden Mengen von Rohstoffen ausführen könnte, sei flieberhaft tätig, um Waren zur Ausfuhr nach allen Märkten der Welt anzufertigen. Soweit diese Waren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich verwendet würden, würden sie für den Empfänger durchaus nützlich sein, da ein durch den Krieg geschaffenes künstliches Vakuum dadurch gefüllt werde. Eine Einfuhr großer Mengen deutscher Waren nach England würde jedoch zweifellos einen nie bedrückenden Einfluß auf die englische Industrie ausüben, was den englischen Ausfuhrhandel ernstlich schädigen würde. Dies gelte auch von den Vereinigten Staaten, die durch die Währungs der anderen Länder sehr behindert würden.

Churchill erklärte weiter, Deutschland, die größte Schuldernation, lasse seine unterernährte Arbeiterschaft, um Kriegsschuldungen zu bezahlen, Ueberstunden machen, indem es seine fertigen Waren ausführe. Je länger dieser Prozeß dauere, um so größer würde die industrielle Führerschaft Deutschlands werden auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der industriellen Bevölkerung Englands. Wenn es Deutschland gelingen sollte, während der nächsten 40 oder 50 Jahre

keine Schulden an jedermann abzubezahlen, so würde Deutschland durch diesen Prozeß Herr jeden Marktes in der Welt und die größte Ausfuhrnation, die man je erlebt habe, geworden sein. Die Vereinigten Staaten würden andererseits, wenn sie alles, was ihnen geschuldet werde, erhielten, dadurch den eigenen Ausfuhrhandel zum größten Teil zerstören. Das amerikanische Volk würde zahlreicher Industrien beraubt, und das innere Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten geschädigt werden. Einst werde diese einfache Aufgabe den großen Nationen der Welt zum Bewußtsein kommen und dann würden sie, wenn sie klug seien, versuchen, als Teil der gemeinsamen Operation, die für alle vorteilhaft sei, ihre gegenseitige Schuld auf das Maß herabzusetzen, das nicht unvereinbar sei mit gesundem Handel, mit normalen Währungen und mit angemessenen Arbeitsbedingungen. Zum Schluß erklärte Churchill, über die gegenwärtigen Beziehungen der Mächte sprechend, es sei zwecklos, sein Vertrauen auf einen papierenen Völkerbund zu setzen. Wenn Europa wieder aufgerichtet sei und verhindert werden sollte, daß in 20 oder 30 Jahren wieder ein furchtbarer Krieg ausbräche, dann gebe es keine Aussicht nach nur ein Mittel: Zwischen England, Frankreich und Deutschland müsse wahrer Friede herrschen.

Im Schlepptau der Sozialdemokratie

Seitdem die Regierung Wirth die Heranziehung der Besitzenden zu den neuen Steuerlasten angekündigt hat, führen die Deutschen eine ununterbrochene Hege gegen das Kabinett, von dem sie behaupten, daß es im Schlepptau der beiden sozialistischen Parteien sei. Sie werden dabei unterstützt von der Deutschen Volkspartei, um deren Mitarbeit nicht nur, sondern noch immer einzelne rechtssozialistische Führer werden. Das volksparteiliche Organ, „Die nationalliberale Korrespondenz“ bringt nun wieder eine neue Kampfanlage:

Der Widerstand richtet sich nur gegen die nachweislich verhängnisvolle bikontinente und sozialistisch gefärbte Steuerpolitik, wie sie Herr Erzberger eingeführt hat und wie sie Herr Wirth augenscheinlich verschärfen will. An diesem Punkt wird es sich allerdings um die Entscheidung zwischen rechts und links handeln, und es muß sich herausstellen, wer sich dabei von der Sozialdemokratie ins Schlepptau nehmen läßt. Das kann unter Umständen zu ersten Konflikten führen. Aber der Ausgang der Debatte im Preussischen Landtag beweist, daß man sich bei feierlicher Haltung vor dem sozialdemokratischen Geschrei nicht einschüchtern zu lassen braucht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist natürlich von der volksparteilichen Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Besteuerungen entzückt. Sie ruft nach der bürgerlichen Einheitsfront gegen den sozialistischen Terror, der in dem Verlangen besteht, daß die Besitzenden ehrlich satieren und nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Tragung der Lasten herangezogen werden sollen. Es ist ganz nützlich, daß auf diese Weise der materielle Kern der Phrase von der „nationalen Einheitsfront“ so klar aufgedeckt wird. Es ist der Schutz des großen Portemonnaies, für den diese Front gebildet werden soll.

Die Kommunisten und das Parlament

Das Verhalten der Kommunisten im Preussischen Landtag hat den bürgerlichen Parteien Veranlassung gegeben, eine Aenderung der Geschäftsordnung zu beantragen. Der Geschäftsausschuß hat sich schon einmal mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Abgeordnete Leinert regte dabei an, den Abgeordneten, die wiederholt die Ordnung des Hauses gröblich verletzt hätten, die Diäten zu entziehen. Am Donnerstag setzte der Geschäftsausschuß seine Beratungen fort. Abgeordneter Beyer (Zentrum) beantragte: „Der Landtag wolle eine Aenderung des Gesetzes, betreffend Entschädigung der Abgeordneten, dahin vornehmen, daß Verletzungen der Ordnungsbestimmungen der Geschäftsordnung mit zeitweiser Entziehung der Diäten geahndet werden soll.“

Die Vertreter unserer Fraktion wandten sich gegen diesen Antrag. Der kommunistische Abgeordnete Vied erklärte, die Kommunisten seien ins Parlament getreten, um den Nachweis zu führen, daß die Parlamente ein großer Volksbetrug seien. Das sei nicht zu erreichen, wenn man die Faust nur in der Tasche halte. Leinert verteidigte die Ansicht, man müsse Opposition und Obstruktion scharf von einander trennen. Es handele sich um die Formen, in denen die Abgeordneten ihren Willen äußern könnten, und diese Formen bestimme die Geschäftsordnung. Die Kommunisten müßten sich den Formen der Mehrheit fügen. Die Ordnung sei aber von den Kommunisten wiederholt so gröblich gestört worden, daß die Verhandlungen unmöglich gemacht worden seien. Leinert erklärte weiter, er habe ursprünglich eine Aenderung des Diätengesetzes für notwendig gehalten, es könne aber zweifelhaft sein, ob mit Ordnungsstrafen und Diätenentziehungen etwas zu erreichen sei. Die Anwendung von Gewalt müsse er ablehnen, und es bliebe nur die Hoffnung, daß die Kommunisten allmählich vernünftig würden. Gesetze dies nicht, dann würden scharfe Maßnahmen unabwendbar sein. Die Entschädigung des Abgeordneten Beyer wurde schließlich angenommen.

Unsere Stellung zu den Parlamenten ist bekannt. Auch wir wissen, daß sie in der Hauptsache die Interessensvertreter der kapitalistischen Gesellschaft sind. Man kann sie sogar, wie die Kommunisten, für einen „groben Volksbetrug“ halten. Das ist schließlich Ansichtssache, die aber keineswegs die Formen rechtfertigt, in denen die Kommunisten ihren Unwillen gegen das Parlament zum Ausdruck bringen. Die Art, wie die Kommunisten bisher im Landtag aufgetreten sind, hat ihrer eigenen Sache mehr geschadet als genützt. Das wüste Geschrei, oft bei den wichtigsten Anlässen, kann nur dahin führen, daß die Kommunisten von den anderen Parteien überhaupt nicht mehr beachtet werden. Ein Parlament ist schließlich keine Kaskempe. Man kann seine Forderungen scharf formulieren, ohne in einen Ton zu verfallen, der für alle anständigen Menschen, gleichviel welcher Parteirichtung, unannehmlich wird. Wir glauben sogar, daß durch die Vornehmheit der Form die Sache, die man vertritt, nur gewinnen kann. Ebenso verhält es sich mit den langen Reden, die meistens auf Kosten des Inhalts gehalten werden. Die Kommunisten haben es darin zu einer wahren Meisterleistung gebracht, und wenn sie die Parlamente als Schwahebuden bezeichnen, so steht fest, daß gerade die Kommunisten den Parlamenten erst zu diesem Charakter verholfen haben.

Wir werden uns dessen ungeachtet gegen jede Einschränkung der Redefreiheit und gegen jede Verschärfung der Geschäftsordnung wenden. Mit Zwangsmitteln ist derartige Methoden nicht beizukommen und das Recht auf Opposition muß in jedem Parlament gewahrt bleiben. Die Kommunisten aber werden im Laufe der Zeit selbst einsehen, daß sie mit dem groben Mißbrauch der Parlamentsfreiheit ihre eigene Partei diskreditieren. Diese Einsicht wird sehr bald kommen, denn es überlebt sich alles einmal, auch der Spektakel!

Phantastische Illusionen

Im Reichswirtschaftsrat wird immer noch um das Recht der Betriebsrätevertretungen im Aufsichtsrat gekämpft. Wie das Gesetz, das dabei zustande kommen soll, zuletzt aussehen wird, ist noch nicht zu übersehen. Aber wie es auch beschaffen sein mag, der Umstand, daß Arbeiter- und Angestelltenvertreter mit mehr oder minder großen Rechten an den Sitzungen eines Aufsichtsrates teilnehmen, darf nicht zum Ausgangspunkt von Illusionen werden, wie sie der „Vorwärts“ erweckt, wenn er z. B. in einem Leitartikel über dieses Thema schreibt:

„Wir stehen hier am Anfang einer neuen Entwicklung, als deren Endziel wir bezeichnen möchten: Ueberwindung des Gegensatzes zwischen den körperlich und den geistig Arbeitenden, Herstellung eines Verhältnisses der Solidarität zwischen ihnen zur Förderung aller Interessen der lebendigen Arbeiter und zur Ausschaltung aller Interessen des toten Besitzes. Das heißt aber letzten Endes Ueberwindung des kapitalistischen Systems.“

Mit dem Eindringen der Arbeiter in den Aufsichtsrat werde „eine Entscheidungslinie der wirtschaftlichen Machtverteilung überschritten“, und hiermit stehe man am „Beginn einer neuen Epoche“, heißt es in anderen Teilen des gleichen Artikels.

Wir sind nun gewiß der Meinung, daß sich die Arbeiterschaft um jede noch so beschuldene Erweiterung ihrer Rechte bemühen und daß sie von jedem Recht restlos Gebrauch machen soll. Wir sind auch sehr damit einverstanden, daß die Arbeitnehmervertreter im Reichswirtschaftsrat alle Kräfte anspannen, um das Gesetz so gut wie möglich zu gestalten. Aber gegen diese wolkenschwärzende Romantik des „Vorwärts“ müssen wir denn doch Einspruch erheben, obwohl sie heute kaum noch schädlich wirken kann, nachdem die Arbeiterschaft in einjähriger Erfahrung selbst die Grenzen des Betriebsrätewesens erkannt hat. Und darum werden die am besten geschulten Betriebsräte über die Begeisterungsausbrüche des rechtssozialistischen Blattes am meisten — lächeln. Wer aber mit den Illusionen des „Vorwärts“ erfüllt als Betriebsrat in den Aufsichtsrat hineingehen sollte, der wird schwer enttäuscht zurückkehren. Und das wäre immerhin schade.

Traditionsrichter

Es ist nicht nötig, über die Geisteserfassung des deutschen Richterstandes und seine Stellung zur Republik viel Worte zu machen. Die Urteile der außerordentlichen sowie die der ordentlichen Gerichte geben allen Aufschluß. Immerhin haben sich die Herren lieber, wenn auch mit süßlicher Miene, in das Unvermeidliche gefügt. Denn so manche der bescheidenen Aeußerungen gehen ihnen gegen den Strich. Ein Reutlinger Richter, der Amtsrichter Höhne, ist nunmehr aus seiner Klerose herausgetreten. Er hat Personen, die er zu verurteilen hatte, die Ablegung des nicht-religiösen Eides nicht gestattet und bei Weigerung sogar mit Bestrafung, Aufrechterhaltung von Kosten und ähnlichen Dingen gedroht. Der Herr Amtsrichter begründete seine Handlungsweise mit den Worten: „Ich halte am Alten fest.“

Sicherlich ist der gute Mann der Ansicht, daß man neben den Traditionskompagnien, die man aus Angehörigen der alten Armee gebildet hat, auch Traditionsrichter wirken lassen sollte, die das Wesen der Rechtsprechung der kaiserlichen, der herrlichen Zeit, in die verlobte Gegenwart hinüberzetten könnten. Diese Ansicht teilt nun leider die große Oesentlichkeit nicht und auch der Justizminister hat bereits die erforderliche Schritte zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den „am Alten hängenden“ Richter getan. Wenn dem Amtsrichter Höhne allerdings das Disziplinarverfahren so gut bekommt, wie dem Ministerialrat Bonfink, dann wird den Traditionsrichtern im Lande kein Leid widerfahren.

Die Brotvertuerung

Im „Berliner Tageblatt“ wird von P. R. ein Vierteljahr aufgeführt um die Frage Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft in Betracht. Der Verfasser hofft, daß „das Umlagerverfahren der Schritt in die freie Wirtschaft von 1922 sein“ möge. Andererseits macht ihm die erhebliche Vertuerung des Brogetreides Sorge. Der vom Reichstagsausschuß angenommene Antrag, gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz der Lohn- und Rentenempfänger zu treffen, würde nichts nützen, da das Reich keine Mittel für die Vermittlung der Lebensmittel zur Verfügung habe. Neue Lohnforderungen würden die unvermeidliche Folge sein. Der Verfasser versteht den Sinn des vom Ausschuß angenommenen Antrages nicht. Es handelt sich um ein Gesetz, das bestimmt, daß im Ausmaß der Brotpreisverhöhung Zuschläge zu den Löhnen und Gehältern festgesetzt werden, auf die alle Lohn- und Gehaltsempfänger klagen können. Die Brotpreisvertuerung kann bei den außerordentlich niedrigen deutschen Löhnen nicht von den Arbeitern getragen werden, sie muß auf die Unternehmer abgewälzt werden. Diese Abwälzung soll aber nicht durch neue Lohnkämpfe, sondern durch gesetzliche Regelung erfolgen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß ist dieser Antrag auch so verstanden worden, trotzdem haben alle bürgerlichen Vertreter, mit Ausnahme der beiden Zentrumsarbeiter, diesen Antrag bekämpft. Sie waren sich eben einig in dem Willen der Profitsteigerung für die Besitzenden und der weiteren Vereinfachung der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger.

Das Geschrei der Mitschuldigen

Die nationalistische Presse kann sich über die Freisprechung des armenischen Studenten Teikrian, der den Schlichter seines Volkes Talaat Pascha niedergestreckt hatte, immer noch nicht beruhigen. In der „Deutschen Zeitung“ unternimmt es Dr. med. Mansur Rifai und im „Berliner Lokal-Anzeiger“ der Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Moriz, die Blutschuld Talaats und der türkischen Nachhaher an der Ausrottung der Armenier dadurch wegzustreichen, daß sie die Armenier nach Möglichkeit anschwärzen und die Abschächtung von über eine Million Armenier als „Entente-Propaganda“ hinzustellen versuchen. Wir verstehen den Schmerz dieser Leute und wissen auch die Haltung der Nationalisten zu erklären. Bedeutet doch der Freispruch des Armeniers Teikrian nicht nur ein vernichtendes Urteil für die Mitschuldigen des „erhabenen Verbündeten“ Wilhelms, sondern auch für die deutschen Nachhaher, die die Vernichtung des armenischen Volkes stillschweigend gebilligt haben. Von einer Ueberwindung der Greuel kann aber nur ein Mensch sprechen, der an der Massenabschlachtung Gefallen gefunden hat.

Phantasiemärchen. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und andere bürgerliche Blätter brachten die „aufsehenerregende“ Meldung, daß Sinowjew und Kadel in Mitteldeutschland weilten, um einen neuen Putsch zu organisieren. Diese aus freier Phantasie entspringende Sensation wird auch amtlich dementiert. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit, daß die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, wonach sich Kadel und Sinowjew in Deutschland aufhalten sollen, nicht zutrifft.

Bayerische Stilblüten

Bayern hat seine Einwohnerwehr nötig, um Ordnung und Zucht zu halten, um Ausschreitungen unmöglich zu machen. Dem gleichen Zwecke dient der Belagerungszustand und die Beschränkung und Aufhebung der Pressefreiheit. Niemand wird daran zweifeln, daß die Regierung Kraft bei der Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung völlig unparteiisch verfährt, und daß namentlich in bezug auf Presseäußerungen das Auge des Gelehrten mit gleicher Schärfe über den Blättern der Deutschen Volkspartei, der Königs- oder der Kommunisten wacht.

Weil dem so ist, und weil die Rührblätter die Strenge der staatlichen Organe gerade ihnen gegenüber kennen, könnte der in München erscheinende „Bayerische Beobachter“ die Mitglieder des Reichskabinetts „Sanjuden“ und „Haveshlawiner“ (Schlawiner ist die bayerische Bezeichnung für Slowake. V. Red.) nennen und konnte ihnen drohend zurufen: „Ochsenfiesel gibts no grad g'nua, das Messerwehen wird net gut zu verhindern sein und wenn Sau' g'hoch'n wern, hat sich bei uns alleweil schon alles g'treit.“

In der Nacht vom 2. zum 3. Juni wurde in München der rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Sängler überfallen und unter den Augen der Regierung blutig geschlagen. Natürlich sind die Täter „nicht zu ermitteln“. Der „Miesbacher Anzeiger“ aber begleitet den Ueberfall mit folgendem Freudengeheul:

„Jemohr der Sängler, der die rote Fahnenwacht hält, hat Krügel getriegt, und jagt, — wie unser Postler bezeugt — ganz richtige, boanduhene, altboarische. Endlich — füge ich hinzu — hat es sich gezeigt, bis zu welchem Grade die Stedehige steigen kann.“

Gott sei Dank! — siehe ich bei — gibt es in München noch Leute, die das Herz auf dem rechten Fleck haben — und ebenso wie wir, aber schon aktiver so, diesen tief-tief-traurigen Fall beweinen.

Die „Post“ behauptet, daß die fürchterlichen Streiche, die der Kammer-Sänger der Sozi erlitt, auf den Rücken des Dornforts, bzw. ... gegangen seien, zum Glück, meint die „Post“, denn bald sie auf den Kopf gegangen wären, jagt der Postler, wären sie tödlich gewesen.

Das glauben wir nicht; in diesem Punkte müssen wir dem Erzähler widersprechen; der bedeutendste Kopf Bayerns hätte ganz gewiß Widerstand geleistet.

Das gleiche Organ fordert am 5. Juni zum offenen Widerstand gegen die Ablieferung der Waffen der Einwohnerwehr auf und verlangt dann, daß die bayerischen Bauern die Ermordung der Arbeiter und aller Irpen, die nicht in das Horn des Herrn Rahr blasen, nach italienischer Postillenart vollziehen. Es schreibt:

„Bieleicht geht einmal dem Volke die Geduld aus, und es wird alle diejenigen, die andauernd das bayerische Volk bei der Entente verkaufen, nach der Art traktieren, wie in Italien die Fahnen der internationalen Gesindel den Reipelt vor der Heiligkeit einer Nation beibringen. Wenn die Herren den Kampf nun darauf einstellen wollen, wir sind bereit und pfeifen dann auf jeden Paragraphe, der dem Volkswohle entgegensteht. Wir haben nur einen Paragraphe, den wir respektieren, und der lautet: „Wer am Volke Hochverrat übt, der werde vom Volke gehängt!“

Wenn irgend ein Arbeiterblatt gegen die Reaktionäre ähnliche Töne anschlagen würde, hätte es eine Anklage wegen Aufreizung zum Mord oder ähnlichem zu gewärtigen. Wenn es im „Miesbacher Anzeiger“ oder in einem sonstigen Organ steht, lächelt Herr Rahr vergnügt und behauptet mit dreifacher Stimm, in Bayern gäbe es eine absolute Gerechtigkeit.

Der Leitartikel des „Miesbacher Anzeigers“ aber, der seine Freude daran hat, wenn einer halbtot geschlagen wird, heißt — Ludwig Thoma. Er war früher einmal Dichter, — weil es in Bayern vier Jahre lang kein Volklied gab, hat er sich in einen leidhaftigen Josef Jäger verwandelt.

Aus den Ausschüssen

Im Hauptauschuss des Preussischen Landtags teilte vor Eintritt in die Verhandlung am Donnerstag der Handelsminister mit, daß für Österreich sofort ein unverzinsliches Darlehen von 5 Mill. Mark zur Elektrifizierung der Provinz gegeben werden müßte. Vom Reich seien 500 Mill. Mark in Aussicht gestellt. Eine Verzögerung würde die Hinausschiebung der Arbeiten um ein volles Jahr bedeuten. Die Eingabe beruhe auf alten Verpflichtungen. Die Vertreter der einzelnen Fraktionen erklärten unerbittlich, daß sie sich in ihren Fraktionen für die Bewilligung dieser Summe einsehen würden.

Darauf wurde die Vorberatung des Justizrats fortgesetzt. Der Justizminister stellte fest, daß die Verfolgung der Rapp-Verbrecher dem Reichsgericht zufalle, und daß von den preussischen Gerichten alles Material dem Reichsgericht übergeben werden sei.

Im Geschäftsordnungsausschuss des Landtages wurde über die Zusammenfassung des Ständigen Ausschusses (Art. 26 der Verfassung) folgendes beschlossen:

Der Ausschuss besteht aus 20 Mitgliedern, die auf die Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke verteilt werden. Der Präsident und die Vizepräsidenten gehören dem Ausschuss mit beratender Stimme an. Den Vorsitz führt der Präsident, der den Ausschuss berufen kann, wenn der Landtag nicht versammelt ist. Auf Verlangen von 6 Mitgliedern muß die Einberufung erfolgen. — Abg. Dr. Regendorff (Dn.) stellt, um im Staatsinteresse die Tendenz zur Sparsamkeit zu stärken, folgenden Antrag: „Erhebt das Staatsministerium gegen eine Staatshaushalt belastende Vorlage, die nicht im Hauptauschuss beraten worden ist, Bedenken, so überweist der Präsident den von dem Ausschuss erhaltenen Bericht, bevor dieser an den Landtag kommt, dem Hauptauschuss.“ — Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat

Sitzung des Reichswirtschaftsrats

Zunächst wird die Spezialdebatte über den Gesetzentwurf über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat eröffnet.

Aufhäuser erläutert den vom Ausschuss beschlossenen Absatz 2 des § 1 dahin, es solle damit nicht gesagt werden, daß die Betriebsratsmitglieder in alle Unterausschüsse kommen sollen. Betreffend sei damit lediglich die Umgebung des Gesetzes durch Umbenennung des Aufsichtsrats um möglich zu machen. Von Arbeitgeberorganisationen werde jetzt schon systematisch die Umgebung des noch gar nicht in Kraft getretenen Gesetzes vorbereitet.

Gehelrat Schwarz (Arbeitgeber) bittet um Streichung des Abs. 2. Wenn eine Gesellschaft m. b. H. die Abschaffung des Aufsichtsrats beschließt, so sei das keine Umgebung des Gesetzes.

Dr. Thissen: Wir haben Material genug, um zu beweisen, daß viele Gesellschaften den Aufsichtsrat beibehalten, aber um viele zu haben, um so das Gesetz zu umgehen.

Die Abstimmung über den Arbeitgeberantrag auf Streichung des Absatzes 2 bleibt zunächst zweifelhaft. Der Sammelpunkt der Ablehnung des Antrages mit 101 gegen 90 Stimmen. Es bleibt also bei der Fassung des Ausschusses.

Zum § 3 liegt ein Arbeitgeberantrag vor, wonach die Betriebsräte im Aufsichtsrat nur die Interessen der Arbeitnehmer vertreten sollen, während nach der Ausschussfassung die Betriebsräte den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern gleichgestellt sein sollen. Aufhäuser bekämpft kurz den Arbeitgeberantrag.

Dr. Franke, der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, appelliert an die Einsicht der Arbeitgeber, um sie zur Zurückziehung ihres Antrages zu veranlassen, den er kurzlichigt nennt. Die Betriebsratsmitglieder hätten denselben Anspruch auf Vertrauen und Anerkennung ihrer Fähigkeit wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder. Dr. Franke schließt mit der Mahnung an die Arbeitgeber, sie sollten in der jetzigen kritischen Zeit ihren nugholen Widerstand gegen die zeitgemäße Forderung der Gleichberechtigung aufgeben.

Urban (Angestelltenverband) empfiehlt einen neuen Antrag, wonach die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat von der zivilrechtlichen Haftung befreit sein sollen. — Oberbürgermeister a. D. Dr. Wermuth ist gegen diesen Antrag ebenso wie gegen den Arbeitgeberantrag und empfiehlt die Ausschussfassung. — Dr. Thissen erklärt dazu, die Arbeitnehmer würden diesen Antrag nicht aufrecht erhalten, wenn die Arbeitgeber wieder zu den Ausschussbeschlüssen zurückkehren. — Nach Erledigung der Debatte ziehen die Arbeitgeber ihren Antrag zurück. Die Arbeitnehmer ziehen ihren Antrag gleichfalls zurück und § 3 wird in der Ausschussfassung angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die Verhandlung über das Branntweinmonopol wird wegen Abwesenheit der Regierungsvertreter abgebrochen.

Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr vorm.

Genosse Karl Kautsky hat wegen häufiger Abwesenheit von Berlin seine Mitgliedschaft im vorläufigen Reichswirtschaftsrat niedergelegt. An seiner Stelle wurde Genosse Hilsinger ernannt.

Personenschädengesetz

Dem Reichstag ist durch den Reichsminister des Innern der Entwurf eines Personenschädengesetzes vorgelegt worden. Es soll sich dabei um die Verfolgung der reichsangehörigen Stolpersonen handeln, denen durch den Krieg Schäden an Leib und Leben zugefügt worden sind, sowie um die Verfolgung deren Hinterbliebenen. Dieses Gesetz soll sich im wesentlichen auch nach den Bestimmungen des bereits für Militärpersonen bestehenden Reichsversorgungsgesetzes richten.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen „Schädigungen an Leib und Leben“ können im Inland, in den Kolonien, in feindlichen oder neutralen Ausland verursacht sein. Es kommen ferner in Betracht Schädigungen durch Flucht, Gefangennahme, Festhaltung, Abschleppung oder Verschleppung, soweit diese aus Anlaß des Krieges durch feindliche Behörden verursacht worden sind. Ferner handelt es sich um den Entzug von Schäden, die Personen durch ungewöhnliche und unsichere Zustände zugefügt worden sind, die durch den Krieg verursacht worden sind außerhalb der deutschen Reichsgebiete.

Ferner sind in dem Gesetz auch Bestimmungen enthalten, die denjenigen Personen Schadenersatz zusichern, die durch die Besatzungstruppen (Rheinland) zu Körperschäden gekommen sind.

Der fünfte Kriegsverbrecher

Prozess Rambohr

In der fortgesetzten Zeugenernehmung wird der Schüler Robert van Waegenderge vernommen, der 8 Jahre alt war, als er verhaftet wurde. Er sei vom Angeklagten etwa 30 mal geschlagen worden. Als er die Beschuldigungen zugegeben habe, sei er nicht mehr mißhandelt worden. Auf Verfragen gibt er schließlich zu, gesehen zu haben, daß andere größere Jungen sich an den Drahten der Eisenbahn zu schäffen machten. Der 17-jährige Fabrikarbeiter Franz van der Heyden ist seinerzeit vom Feldgericht zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auch er will wie die anderen mit Gewalt zum Geständnis gezwungen worden sein.

Hilfsrichter Hagland aus Ludwigsburg, der die Verhandlungen vor dem Feldgericht geleitet hat, hatte den Eindruck, daß die Untersuchung gegen die Eisenbahnrevolver sehr gut vorbereitet und sachgemäß war.

Zwei weitere belgische Zeugen machen in bezug auf die angeführte Tätigkeit zum Geständnis durch den Angeklagten ähnliche Angaben wie die anderen Belgier. Ihre heutigen Aussagen und die Aussagen vor dem Feldgericht lauten widerspruchsvoll. Zeuge Albert Bibis, der schließlich zu 2½ Jahren Gefängnis vom Feldgericht verurteilt wurde, will eine ganze Nacht hindurch

an den Händen gefesselt an einem Haken aufgehängt

worden sein. — Clovis van Hove hat vor dem Feldgericht sein Geständnis nicht widerrufen, weil ihm dort gesagt worden sei, er habe gestanden, und es bleibe dabei. — Der deutsche Zeuge Hagland tritt jedoch den Aussagen dieses Belgiers entgegen und erklärt, daß vor dem Feldgericht jeder Angeklagte zu Worte gekommen sei.

Der belgische Zeuge Händler Franz de Landt, der in Geeraardsbergen eine postliche Rolle spielte, ist vom Angeklagten verhaftet worden wegen Verdachts der Verbergung von Waffen. Er sagt aus, daß er in eine dumpe Zelle gesperrt worden sei, daß in seinem Hause bei der Durchsuchung die Möbel demoliert und Wände im Garten ausgegraben worden seien.

Der belgische Arzt Dr. van der Schueren aus Overboslaere, der als Zeuge und Sachverständiger vernommen wird, ist seinerzeit unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Seine Befundungen bleiben ebenso wie die Darlegungen zweier anderer belgischer Zeuge, die gleichzeitig Zeugen und Sachverständige sind, im Judoretraum fast unverändert. Es scheint aus ihnen hervorzugehen, daß Spuren von Mißhandlungen in ein bis zwei Fällen festgestellt wurden.

Nach der Mittagspause erwidert zunächst der Angeklagte auf verschiedene Fragen, daß er nach der Abfassung der Berichte mit der ganzen Angelegenheit nichts mehr zu tun gehabt habe. — Der Zeuge Kaufmann Georg Landow aus Forst in der Lausitz, der bei der Etappenkommandantur Geeraardsbergen als Gefängnisverwalter tätig war, äußert sich über die Einteilung der Zellen, über die Kost der Gefangenen usw. Die Frage, ob Beschränkungen der Kost und des Lichts leitens der geheimen Feldpolizei zu Disziplinzwecken angeordnet worden seien, bejaht der Zeuge, kann aber nicht sagen, wo er die Anweisung gegeben hat. Schreie eines gefangenen Knaben hat er ein einziges Mal gehört. Daß ein Gefangener einmal acht Tage nichts zu essen bekommen haben soll, hält er für ausgeschlossen. Mißhandlungen hat er nicht wahrgenommen. Auch hat sich niemals ein Gefangener über Deutsche bei ihm beschwert.

Oberregierungsrat Gahner-Berlin war Kriegsgerichtsrat beim Kommandanturgericht. Er läßt sich über die Einrichtungen der geheimen Feldpolizei aus, deren Befugnisse nicht genau abgegrenzt gewesen seien. Den Aussagen von Belgiern, namentlich von Kindern, habe er immer skeptisch gegenübergestanden. — Kommerzienrat Robert Schwarz, der Adjutant bei der Ortskommandantur Geeraardsbergen war, erklärt, daß von eigentlichen Dunkelzellen keine Rede sein könne. Die Zellen seien lediglich durch Teilung größerer Zimmer entstanden, und es sei immer genug Licht in ihnen gewesen. Der Zeuge ist fest überzeugt, daß, wenn irgendwelche Mißhandlungen vorgekommen wären, ihm dies früher von den Eltern der Kinder mitgeteilt worden wäre, die ihm sämtlich bekannt waren.

Der Zeuge Landow bemerkt, daß er bei seiner Vernehmung anscheinend mißverstanden worden sei. Er habe nicht sagen wollen, daß die Verbildung der Zellen angeordnet worden sei. — Oberregierungsrat Dietz-Berlin war Feldpolizeikommissar in Genz und Vorgeleitet des Angeklagten. Er macht eingehende Darlegungen über die Ausbildung der Feldpolizeibeamten und über den Umfang ihrer Tätigkeit.

Aus der Wirtschaft

Das Wirtschaftsleben im Mai

Die Berichte, die die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang in Handel und Industrie im Monat Mai dem Handelsministerium erstattet haben, zeigen, daß nach der Annahme des Ultimatums und der dadurch bewirkten Klärung der politischen Lage in einzelnen Industrie- und Handelszweigen eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit eingetreten ist. Dies gilt besonders von der Textilindustrie, aber auch von verschiedenen Zweigen der Eisenindustrie, von verschiedenen Zweigen des Großhandels und Kleinhandels und vom Geschäftsverkehr der Börse. Eine durchgreifende Belebung der wirtschaftlichen Gesamtlage wurde aber durch die Wirkungen der „Sanktionen“ gehindert. Diese äußerten sich hauptsächlich in der Zurückhaltung des Auslandes mit Aufträgen und der Zurückziehung bereits erteilter Aufträge. Ferner brachte die Errichtung der Rheinzolllinie schwere Beschränkungen mit sich. Die kurze Zeit der Wirksamkeit dieser Maßnahmen hat erkennen lassen, daß bei weiterer Aufrechterhaltung ganz besonders das belebte Gebiet und seine Beziehungen zum unbesetzten Gebiet auf das schwerste schädigen müßten. Nicht weniger als die Sanktionen hat der oberste politische Zustand das Wirtschaftsleben gehindert.

Was Hotels verdienen

Die Hotelbetriebsaktiengesellschaft hat vor einigen Tagen ihren Jahresabschluss veröffentlicht. Er ist aber so unklar gehalten, daß er eine Beurteilung des Ergebnisses nicht ermöglicht. In gewissem Umfange gilt das sogar von dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht mit seinen genauen Abschlußziffern. Aber trotz dieser wahrscheinlich nicht ungenügenden Verschleiierung läßt sich ohne weiteres erkennen, daß die inneren Verhältnisse des Unternehmens überaus glanzvoll sind. Die Gesellschaft hat im verflorenen Jahre an Hypotheken die enorme Summe von 17 Millionen Mark zurückgezahlt. Die gesamten neuen Invenstitionsausgaben in Höhe von mehr als 1½ Millionen Mark wurden gänzlich abgeschrieben, so daß dieses Konto, dessen tatsächlicher Wert weit über die Höhe des Aktienkapitals hinausgehen dürfte, nur mit 1 Mark zu Buche steht. Der Geschäftsbericht erwähnt ferner, daß im Hause Behrenstraße 21 Zimmer nebst Badezimmer neu erbaut werden sollen, und die erforderlichen Arbeiten in Ausführung begriffen seien. Es heißt dann, daß die Kosten dafür bei dem Abschluß berücksichtigt seien, was man offenbar nur so deuten kann, daß die gesamten bedeutenden Auswendungen hierfür, die natürlich erst im laufenden Jahre zu den Einnahmen beitragen können, bereits zu Lasten des verflorenen Geschäftsjahres verbucht worden sind. Eine weitere stille Reserve von wahrscheinlich sehr bedeutender Höhe ist darin enthalten, daß die Gesellschaft für den späteren Umbau des Bellevue-Hotels ebenfalls (laut Geschäftsbericht) bereits eine Reserve im diesjährigen Abschluß gebildet hat.

Auch dieser Geschäftsabschluss ist ein Beweis für die vielen Umgehungsmöglichkeiten, die die jetzigen Steuergesetze gestatten. Eines der dringendsten Erfordernisse ist deshalb Besteuerung all der Lächer, durch die die steuerheuen Kapitalisten sich ihren Pflichten zu entziehen suchen.

Das Geschäft der Amerikaner

Nach einer Washingtoner Meldung der „Chicago Tribune“ erklärte Handelsminister Sir Hoover, die Lage in Europa werde ständig günstiger für den amerikanischen Ausfuhrhandel. Das Nahrungsproblem in Europa sei gelöst. Jetzt komme das Bekleidungsproblem an die Reihe. Die Lösung dieses Problems bedeute ein gesteigertes Geschäft für die amerikanische Textilindustrie.

Die nächste Sitzung des Völkerbundesrates wird am 17. Juni in Genf eröffnet werden. Auf der Tagesordnung, die außerordentlich umfangreich ist, sind folgende Punkte hervorzuheben: Die deutschen Proteste gegen die Anwesenheit französischer Truppen und die Anwendung der französischen Militärgerichtsbarkeit im Ruhrgebiet, gegen die Ausweisung von Einwohnern aus dem Ruhrgebiet und gegen die Gehaltszahlung in französischem Gelde für gewisse Beamte. Ueber diese Fragen soll der chinesische Delegierte berichten. Der japanische Delegierte wird über die Angelegenheiten des Freistaates Danzig, dessen Befassung, den Danziger Waffenhandel, die Verteilung des Freistaates usw. berichten. Ferner soll der belgische Delegierte über die Streitigkeiten zwischen Polen und Litauen, das heißt über die Wilnaer Frage, Bericht erstatten. Auf der Tagesordnung steht auch ein Erlaß der albanischen Regierung um das Einschreiten des Völkerbundes gegen die Besetzung albanischen Gebiets durch Griechenland und Südserbien.

Amerika erkennt die mexikanische Regierung an. Das amerikanische Staatsdepartement erklärte seine Bereitwilligkeit, die Regierung Oregon in Mexiko anzuerkennen, sobald der Vertrag abgeschlossen sein werde, der das Eigentum und das Leben der amerikanischen Staatsangehörigen in Mexiko sichert. Die Antwort des Generals Obregon ist bereits in Washington eingetroffen, wurde jedoch bisher noch nicht veröffentlicht.

Ein polnischer Spion. Nach einer Warschauer Meldung der „Chicago Tribune“ wurde der polnische Majorleutnant Zwanin vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen. Die Anklage behauptete, er habe Mobilisierungspläne der polnischen Armee an englische Nachrichtenoffiziere verkauft.

Große Brände in Paris. Die Morgenblätter melden, daß große Brände in den Vorstädten Vincennes und Montreuil stattfanden. Das Echo de Paris spricht von Schäden in Höhe von etwa 10 Millionen. Abgebrannt sind Fabriken und Lager.

Aus der Partei

Eine eigene Parteidruckerie in Düsseldorf

Unser Düsseldorf-Parteiorgan „Volkzeitung“ mußte seit einem Jahre in einer Leihdruckerie hergestellt werden, nachdem es den Rechtssozialisten durch Anrufung der Gerichte gelungen war, uns die eigene Druckerie zu rauben. Die Düsseldorf-Parteiorganisation empfand diese Hemmung sehr schwer. Wieder eine eigene Druckerie zu schaffen, war vom ersten Tage an nach dem Raube ihr Ziel. Dieses Ziel haben sie jetzt erreicht. Unser Düsseldorf-Parteiorgan teilt darüber unterm 30. Mai mit:

Wir können heute unseren Genossinnen und Genossen die hochpreuliche Mitteilung machen, daß unser „Volkzeitungs“-Unternehmen und damit die Düsseldorf-Parteiorganisation der U. S. V. wieder eine eigene Druckerie besitzt. Am Samstag hat die Buchdrucker-Gesellschaft „Volkzeitung“, von den in Frage kommenden Instanzen autorisiert, den gesamten Aktienbestand der Westdeutschen Verlagsanstalt und damit den modernen eingerichteten Druckerbetrieb der „Westdeutschen Zeitung“ („Morgenpost“) im Gutenberghaus, Klosterstr. 140, mit allem Inventar käuflich erworben. Die „Westdeutsche Zeitung“ stellt mit dem 1. Juni ihr Erscheinen ein. Der lautmännliche und technische Betrieb wird bereits morgen von der „Volkzeitung“ G. m. b. H. übernommen und die Druckaufträge dort hergestellt. Wann mit dem Druck unserer Zeitung in dem neuen Betriebe begonnen werden kann, steht im Augenblick noch nicht fest, da noch einige Formalien zu erledigen sind. Der Zeitpunkt, wann unsere „Volkzeitung“ wieder im eigenen Betriebe der Düsseldorf-Parteiorganisation hergestellt wird, dürfte jedoch nicht mehr allzu fern sein.

Nicht nur für Düsseldorf selbst ist diese Tatsache von großer Bedeutung, sondern für unsere gesamte Bewegung am Niederrhein und Mittelrhein und für das gesamte belagerte Gebiet. Reisen dadurch doch manche Pressepläne, die für jenes wichtige und hochindustrielle Gebiet von größter Wichtigkeit sind, ihrer Verwirklichung entgegen.

Groß-Berlin

Die Arbeiter-Olympiade in Prag

Im schweren Kampfe mit allen Feinden der Arbeiterbewegung trat der tschechoslowakische Arbeiter-Turn-Verband in das 20. Jahrhundert. So, wie sich die Arbeiterschaft dessen voll bewusst war, daß sie nur durch die körperliche Erziehung Hand in Hand mit der sozialistischen Erziehung ihre sozialistischen Endziele erreichen wird, so stand sie auch fest in geschlossenem Reihentum wider jede Bosheit und jede Nachstellung und erfüllte aufrecht und ehrlieh ihre Sendung in den Arbeiter-Turn-Vereinen.

Die Turn-Vereine arbeiteten gewissenhaft an dem großen Bau ihres eigenen Strebens, um bei der nächsten Gelegenheit vor die Öffentlichkeit treten zu können und ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen. Die Arbeiter-Olympiade war der Traum und die Sehnsucht aller tschechoslowakischen Arbeiter-Turner, auf diese Olympiade waren die Augen aller gerichtet, als der Weltkrieg ausbrach und die eifrigen Vorbereitungen vor ihrer Bewirklichung unterbrach. Auf allen Schlachtfeldern Europas waren unsere treubamen Kämpfer verstreut, und überall trugen sie mit der Bitterkeit in der Brust auch den festen Glauben im Herzen, daß sie den zertrümmerten Boden wieder anknüpfen werden. Und dieser Eifer für die gerechte Sache wird tatsächlich durch das Geschehen in den allernächsten Jahren nach dem Kriege gekrönt. Unser jahrelanger Wunsch erfüllt sich. Die Arbeiter-Olympiade wird durch ihre Bedeutung und Ausdehnung ein Bild des Strebens der Arbeiter sein, einerseits, ob auf dem Boden der höheren Körperkultur oder der sozialistischen Erziehung, sie wird der ganzen Weltöffentlichkeit ein leuchtendes Beispiel geben.

Aktiv beteiligten sich 30.000 Mitglieder der Arbeiter-Turn-Vereine der tschechoslowakischen Republik. Es kommen jedoch aus allen Ländern Mitglieder der Arbeiter-Turn-Vereine. Gemeldet sind besonders starke Expeditionen aus Deutschland, Österreich, Amerika, Finnland, Jugoslawien. Des Budget für die Arbeiter-Olympiade wurde mit circa 5 Millionen Kronen berechnet.

Die Festtage sind auf den 25. Juni bis inklusive 29. Juni festgesetzt. Am 26. Juni werden internationale Wettkämpfe für Leichtathletik abgehalten. Im Stadion finden 100.000 Zuschauer Platz. Die Ziffer allein belegt, wie groß der Festplatz ist.

Zu einem ähnlichen öffentlichen Verbandsturnen, wie es die Arbeiter-Olympiade der tschechoslowakischen Arbeiter ist, mag sich noch keine Arbeiter-Turnerorganisation in der ganzen Welt. Es wird für die Arbeiterklasse ein einzig dastehendes Unternehmen sein, namentlich wegen der großen internationalen Teilnahme.

In allen Schulen Groß-Prags — wie Volks-, Bürger- und Mittelschulen — wird der Unterricht mit 18. Juni beendet, und es stehen von diesem Tage an dem Arbeiter-Turn-Verband zwecks Einquartierung der Teilnehmer der Arbeiter-Olympiade zur Verfügung.

Allen Teilnehmern wird auf den tschechoslowakischen Bahnen eine 50prozentige Fahrermäßigung, sowie Befreiung des Bahnabgebühren gewährt. Die Verpflegung erfolgt um 12 Kr täglich und besteht aus Frühstück, Mittagessen und Abendbrot.

Jugendweih

Die Jugendweihen, die unsere Partei für die zur Entlassung kommenden Schulkinder veranstaltet, deren Eltern keiner Religionsgemeinschaft angehören, sind nun zu einer feststehenden Einrichtung geworden. Allen Teilnehmern werden diese einwöchigen Feiern stets in Erinnerung bleiben. Es wird Aufgabe der Partei sein, diese immer mehr zu wirklichen Jugendweihen des revolutionären Proletariats auszugestalten. War die Zahl der Kinder, die an den letzten Feiern teilnahmen, auch eine sehr große, so ist sie doch immer noch sehr gering im Verhältnis zu der Gesamtzahl der in Berlin aus der Schule zur Entlassung kommenden Proletariatskinder. Immer mehr müssen die Proletariatseltern, vor allem aber unsere Parteigenossen, darauf sehen, daß ihre Kinder die Schulentlassung, diesen Schritt ins Leben hinein, inmitten der Massen der Proletariatskinder und an unseren Jugendweihen teilnehmen.

Für Berlin und die Orte, die keine eigenen Feiern veranstalten, finden die Jugendweihen an den drei letzten Sonntagen im September im Großen Schauspielhaus, in der Karlstraße, statt. Anmeldungen müssen sofort im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, geöffnet von 10 Uhr vormittags bis nachmittags 5 Uhr erfolgen. Viele Orte veranstalten selbständig Jugendweihen. Anmeldungen für diese werden durch die Parteifunktionäre und die „Freiheit“-Expeditionen weitergeleitet.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

... dem Manuskript übertragen von Harmonie zur Müllerei Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Galvanis 1921

(A. Fortsetzung) (Kohlsatz verboten) Peter blickte in ihr strahlendes Gesicht, erschraf ein wenig, fühlte sich etwas unsicher. Gladys pflegte ihm sonst nie einen Teil der Vorbeeren zu überlassen. Gladys empfand für den Gatten läche Zuneigung, vermischt mit Mitleid. Sie streckte die Arme nach ihm aus. „Armer, lieber Peter. Du hast ein so schweres Leben gehabt. Ach Peter, es war grausam, daß du soviel Kämpfen und Irren mußt, war grausam, daß du mich nicht früher hattest, um dir zu helfen. Aber jetzt ist alles vorüber, Peter, du wirst die alten Tage vergessen — außer wenn du Vorträge über sie hält.“ Gladys dachte einen Augenblick nach, brach dann von neuem aus: „Denke nur, Peter, wie herrlich es ist, ein Amerikaner zu sein. In Amerika kann man immer an die Spitze kommen, wenn man bloß seine Pflicht erfüllt. Amerika ist das Land der Freien! Das Beispiel, das du gibst, wie auch ein armer Bürsche Erfolg erringen kann, sollte selbst die dummen Roten überzeugen — jeder, der nur hart genug arbeitet, kommt an die Spitze. In Amerika kann ein armer Junge sogar Präsident werden. Würdest du gerne Präsident werden, Peter?“

Peter zögerte — er fühlte sich dieser Stellung nicht gewachsen, doch mußte er, es würde Gladys ärgern, spräche er es aus. Er murmelte: „Bisshen, ... später einmal ...“ „Jedenfalls“, fuhr seine Frau fort, „halte ich zu meinem Vaterland. Bin eine echte Amerikanerin.“ Diesmal zögerte Peter nicht. „Darauf kannst du wetten“, entgegnete er und fügte seinen Lieblingsausdruck hinzu: „Hundert Prozent!“

E n d e

Nachwort

Jedermann, der dies Buch gelesen hat — das fand der Autor nach einigen kleinen Experimenten mit dem Manuskript heraus — hat eine ganze Reihe von Fragen zu stellen: Wieviel ist davon wahr? Haben tatsächlich amerikani-

Wozu die Schupo Zeit hat

Wiederholt haben wir feststellen müssen, daß die Schupo oftmals die Dienste des „Mädchens für alles“ übernimmt, dagegen andere wichtige Aufgaben nicht erfüllt. Aber daß die Schupo Hauswirten resp. deren Stellvertretern Beamte zur Verfügung stellt, zwecks Hilfe bei der Kassierung der Mieten, sollte man nicht glauben. Annehmlich soll der Beamte zwar zum Schutz des Kassierers in der Sulstienstr. 16-17 hinzugezogen worden sein, doch handelt es sich nur um ein Einschüchterungsmanöver des Hausverwalters. Der Mieter hat daraufhin veranlaßt, daß im Falle der Wiederholung dieser Provokation, die Mieter von der Mietzahlung Abstand nehmen.

Ein Kassenschwindler

Der Fabrikant Karl Kuhlmann, Hersteller automatischer Noten, Hand wegen Urkundenfälschung und Betrug am 2. Juni vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I Berlin. Jahrelang hat er es verstanden, verschiedene Krankentafeln in ganz raffinierter Weise zu betrügen und die versicherten Mitglieder durch seine gemeine Handlungsweise zu schädigen.

A. war seit 1909 als Monteur, Schlosser, Maler, Hausdiener, Arbeiter bei den zuständigen Krankentafeln gemeldet und wegen seines Augen- und Kerkensleidens von diesen durch Krankengeld unterstützt und mehrmals ausgeheuert worden. Er hat sich nicht gekümmert, während des Krankengeldbezuges von einer Kasse, anderweitig zu arbeiten, um dadurch bei der anderen Kasse auch Mitglied zu werden und von der neuen Kasse gleichzeitig mit der anderen, oder im Anschluß an die Gesundheitsmeldung bei der ersten Kasse von der zweiten weiter Krankengeld zu beziehen. Zu gleicher Zeit betrieb er seit 1915 in der Wasserstr. 63 Selbständig die Herstellung automatischer Noten für Orchestern u. w. meldete als „Fabrikant“ zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, darunter auch bei ihm nicht tätige Verwandte und Bekannte.

In all den Jahren hat er durch verschiedene Fälschungen unter dem Namen Dornheim sich in den Genuß des Krankengeldes gebracht. Endlich gefaßt und zur Anzeige gebracht, suchte er durch allerlei Verheugungen die Krankentafeln und ihre Angestellten in Mißtraut zu bringen. Auch das Versicherungsgesamt ist durch ihn geschädigt worden. Dieser Schädling hatte sogar den „Mitt“ besessen, in einem Artikel der „Deutschen Zeitung“ (Organ der Hafenkreuzler) gegen die sozialdemokratischen Krankentafeln zu Felde zu ziehen, nachdem er durch allerlei Schwindel mehrere geschädigt hatte.

In einem Schriftstück an den Staatsanwalt, in welchem A. sich als Obmann des „Deutschen Herald“ und Hafenkreuzler bezeichnet, sagt er: ... Mag es nun Absicht sein oder nicht, die Herzen Gewissen machen eben alles verfehlt, sie billigen einem Strohmann Staatsanwalt oder Müllerfischer ein größeres Gehalt zu als einem Staatsanwalt und juchen Dornheim erst nachdem er fort ist, damit sie ein ihnen verhasstes Kassenmitglied, welches nichts mit ihrem blassen Sozialismus gemein hat, sondern mit aller Macht an dem Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes sich beteiligt, einen Strich drehen zu können.

Jedoch alle diese Verheugungen und Schwindelereien haben A. nicht zu retten gemocht. Der erste Zeuge Dornheim (Kuhlemanns Schwager) verweigerte sein Zeugnis. Der Staatsanwalt verlangte deshalb Abweisung der Strafsache, da eine Aufklärung ohne Dornheim nicht möglich sei. Dieser Ansicht widersprach der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsrat Pfehle, der erst die anderen Zeugen hören wollte. Nach Vernehmung derselben beantragte derselbe Staatsanwalt zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht hielt Kuhlmann der Urkundenfälschung, begangen durch Annahme und Benutzung eines falschen Namens, sowie des Betrages für überführt, billigte Kuhlmann, da unbekannt, mildernde Umstände zu und hielt, wie der Vorsitzende ausführte, für die überaus gemeinschädliche Handlungswelle des Kuhlmann eine Strafe von acht Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre für notwendig. Kuhlmann selbst verlangte Freisprechung.

Verhaftung eines Postschwindlers

Einen groß angelegten Postschwindel hat die Kriminalpostdienststelle in Verbindung mit dem Untersuchungsreferenten der Oberpostdirektion aufgedeckt. Im Februar d. J. gingen bei dem Postbedienten in Leipzig Scheds über 60.000 M. ein. Sie lauteten auf das Konto eines Kaufmanns Siegfried Stern in der Albrechtstraße 2a zu Leipzig, und die Beträge wurden dem Kontoinhaber auch ausbezahlt. Nachträglich zeigte sich, daß die Scheds, die teils gefälschte, teils echte Poststempel trugen, gefälscht waren. Jetzt ist es gelungen, den Täter und seine Helfershelfer zu ermitteln und festzunehmen. Der Fälscher ist ein Friseur Albert Reimann. Reimann, der zuletzt in der Albrechtstr. 2a zu Leipzig wohnte, hörte in einer Friseurstube in Leipzig, daß der Inhaber einem Herrn Stern zum Geburtsstag gratulierte. Er knüpfte nun mit

seinem Berufsgenossen ein Gespräch an, um über diesen Stern Näheres zu hören, und kundschaffte so dessen Vornamen und Geburtsdatum aus. Unter Sterns Namen, aber unter seiner eigenen Wohnung legte er dann beim Postbedienten in Leipzig ein Konto an. Auf dieses zahlte er im vergangenen Jahre von Leipzig aus wiederholt kleinere Beträge ein. Hierbei gab er als Abnehmerkreis eine andere Firma an, so daß man auf dem Postbedienten annehmen mußte, es mit einem ständigen und regelrechten Geschäftverkehr zu tun zu haben. Eine Zeitlang blieben dann die kleinen Zahlungen aus. Im Februar gingen wieder mehrere Scheds, zusammen über 60.000 M., ein, diesmal aus Berlin.

Reimann war von Leipzig nach Berlin übergesiedelt. Hier arbeitete er nicht, lebte aber flott, besuchte die Rennbahn und andere Veranstaltungen, und machte überall Schulden. Um den Lebensmann spielen zu können, leiste er den letzten Schwindel ins Werk. Seinen Bruder und seine Vetter Ernst und Oskar Reimann, die auf einem Berliner Postamt beschäftigt waren, verführte er, ihm Helfershelferdienste zu leisten. Sie fanden sich dazu auch bereit, und brachten die falschen Scheds in den Postverkehr, so daß das Geld an den Kontoinhaber, der nach Leipzig fuhr, anstandslos ausgezahlt wurde, ohne daß es in Berlin eingezahlt war. Das Geld verbrauchte der Fälscher im weitestlichen für sich.

Das gestörte Hochzeitsfest

In dem Tanzlokal „Jauberslöte“ hatte das Lehrmädchen Emma Kochly einen jungen Mann kennen gelernt, an dem sie Gefallen fand, weil er einen „seinen“ Eindruck machte und die neuesten Schiebetänze mit besonderer Eleganz tanzte. Das Mädchen war bei der Firma Reichelt in der Karlstr. 24 beschäftigt und mußte, daß dort öfter des Nachts größere Beträge in einer verschlossenen Kommode aufbewahrt wurden. Davon hat sie nach ihrer Behauptung dem feinen Herrn, den sie weiter nicht kannte, gelegentlich Mitteilung gemacht, was zur Folge gehabt hat, daß der flotte Tänzer ihr mit dem Ansehen in den Ohren lag, ihm Geld zu beschaffen, da er in kurzer Frist sich verheiraten wollte und deshalb genötigt sei, sich Mittel zu beschaffen. Das Mädchen beschloß, dem Geschäftsführer eines Nachts einen Besuch abzustatten und sich das dort aufbewahrte Geld gewaltsam zu holen. Der Zutritt zu dem Geschäftslokal war nicht schwer, da die Kassierin einen Schlüssel zur Ledertür hatte; schwerer war das Öffnen der Kommode. Schulz, der ein Bräutigam mit sich führte, machte schließlich kurzen Prozeß, hob den obersten Teil der Kommode gewaltsam in die Höhe, konnte so durch die entstandene Lücke in den Kassen hineingreifen und den dort aufbewahrten Beutel mit 15.000 Mark Inhalt hehlen. Der Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben, lenkte sich sehr bald auf das Lehrmädchen, welches, in die Enge getrieben, auch Laß in Geständnis ablegte. Von ihrem Partner mußte sie nichts weiter, als daß er Georg Schulz heiße und sich in den nächsten Tagen verheiraten wollte. Nun hielt die Kriminalpolizei Nachforschungen bei verschiedenen Standesämtern, und es glückte ihr, festzustellen, daß wirklich auf einem Standesamt ein Tischler Georg Schulz sein Aufgebot bestellt hatte. Dieses hatte dann auch stattgefunden, der junge Ehemann und seine Hochzeitsgesellschaft, die sich in seiner Wohnung in der Thierstraße zusammengekommen hatte, erlebten aber eine unliebbare Ueberdrehung: gerade als die Gratulationscoucou beginnen sollte, erschien die Kriminalpolizei auf der Bildfläche und machte der Freude ein Ende. Die geschädigte Firma ist wieder in den Besitz ihres Geldes gelangt. — Das Gericht verurteilte beide Angeklagte, die wegen schweren Diebstahls vor der Strafkammer des Landgerichts I standen, zu je 9 Monaten Gefängnis.

Ein eigenartiger Betrugspezialist ist der frühere Klugungsmaître Otto Siedler, der wegen Betruges in drei Fällen sich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Bis 1920 war der Angeklagte bei der Reichswehr in Oberschlesien tätig. Er lag dann einige Zeit in einem Lazarett und wurde dort mit dem Personal des Professors Dr. G. bekannt. Eines Tages erschien er in der Wohnung des Professors, erzählte dort, daß er Fleischhändler auf dem Zentralviehhof sei, in Danemark große Einkäufe gemacht habe und inkrande sei, für die Häufigkeit des Professors Fleisch zu besorgen. Diese Aussicht wurde natürlich mit Freuden begrüßt, man gab dem angeblichen „Fleischhändler Thiem“ eine leberne Handtasche im Werte von 500 M. und eine Hausangestellte zur Begleitung mit und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Es kamen solche aber nicht. Der Angeklagte ließ die Begleiterin an einer Ecke warten, bis er mit der gefüllten Tasche vom Zentralviehhof zurückgekehrt sein würde, ließ sich dann aber nicht wieder sehen. — Einen ähnlichen Streich verübte er bei einem Arzt, den er wegen einer Fußverletzung aufgesucht hatte, und bei einem Zahnarzt, der ihm seine schadhafte Zähne reparieren sollte. Ueberall machte er denselben Coup, verschwand mit den wertvollen Handtaschen, in einem Fall auch mit dem ihm mit-

sche Geschäftseute sich dazu hergeben, den politischen Radikalismus aufzuspüren und Vorbeugungsmaßregeln gegen ihn zu treffen? Haben sie bei der Vernichtung der „Roten“ sich zu solchen extremen Maßregeln hinreißen lassen, wie die Darstellung dieses Buches zeigt?

Einige wenige Ereignisse in „Hundert Prozent“ sind fiktiv, z. B. die Geschichte von Nell Doolin und Nelse Aferman; aber alles, was soziale Bedeutung hat, beruht auf Wahrheit und ist aus Tatsachen geschöpft, die dem Autor oder seinen Freunden persönlich zur Kenntnis gekommen sind. In der Tat sind alle Charaktere aus „Hundert Prozent“ wirklich existierende Personen. Peter Gudge lebt, und hat den Autor dieses Buches verschiedentlich aufgesucht; Guffey und McGivney leben wie auch Billy Nash und Gladys Frisbie.

Um mit dem Anfang zu beginnen: Der „Hoover-Fall“ stimmt in den Hauptzügen mit dem Fall Tom Moonen überein. Wenn man sich über diesen Fall informieren will, sende man 15 Ct. an das Moonen-Verteidigungskomitee, Post Box 894, San Francisco, für die Broschüre: „Soll Moonen aufgehängt werden?“ von Robert Minor. Die Geschäftseute von San Francisco brachten eine Million Dollar aus, um die Stadt vor der organisierten Arbeiterherrschaft zu retten, und der Moonen-Fall war der Weg, den sie zur Rettung beschritten. Es geschah jedoch, daß der Richter, vor den Moonen geführt wurde, sich seiner Aufgabe nicht gewachsen zeigte und dem höchsten Justizbeamten des Staates einen Brief schrieb, in dem er mitteilte: Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Moonen durch einen Meineid seines Verbrechens überführt werden sollte. Inzwischen aber sah Moonen schon im Kerker und ist still dort. Fremont Ober, der Herausgeber des San Francisco „Call“, der kürzlich eine genaue Untersuchung dieses Falles vorgenommen hat, schrieb dem Autor vor einiger Zeit: „Im ganzen gesehen, ist es die erschreckendste Geschichte, mit der ich je zu tun gehabt habe. Wenn einmal alles bekannt sein wird, wird es sich klar erweisen, daß der Staat vor den Augen der Öffentlichkeit einen Mann gemordet hat mit den Instrumenten, die geschaffen sind, Gerechtigkeit und Recht herzustellen. Jedes, auch das kleinste Zeugnis, sowohl in dem Moonen-Fall als in dem Billing-Fall beruht auf einem Meineid.“

Bis zu welchem Maße ist die Bestrafung des politischen Radikalismus den Händen der Behörden entglitten und in die Hände des „Großen Geschäfts“ übergegangen? Jeder Geschäftsmann wird natürlich der Meinung sein, daß, wenn

das „Große Geschäft“ Interessen wahrzunehmen hat, es sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln schützen wird. Soweit wie möglich wird es die öffentlichen Behörden in Anspruch nehmen; aber wenn diese entweder aus Korruption oder aus politischen Gründen versagen, muß das „Große Geschäft“ die Sache selbst in die Hand nehmen. In dem Bergwerksstreik von Colorado hat das Bergwerkskapital das Geld aufgebracht, um das Militär zu bezahlen und neue Truppenkontingente durch seine Privatdetektivfirmen aufstellen zu lassen. Die Roten nannten dies „mit dem Bajonett regieren“ und der Autor schrieb in jenen Tagen seinen Roman „König Kohle“ über diese Affäre. Der Mann, der die militärischen Operationen während dieses Streiks leitete, war A. C. Felts von der Baldwin-Felts-Detectiv-Agentur, der vor einiger Zeit gestötet wurde, als er gerade verschiedene Kohlenbezirke in West-Virginia „regierte“.

Man findet denselben Zustand in Washington und Oregon, in dem Petroleumbezirk von Oklahoma und Kansas, in den Kupferbergwerken von Michigan, Montana und Arizona und in allen großen Kohlenbezirken. Im westlichen Pennsylvania sind alle lokalen Behörden Angestellte der großen Stahlgesellschaft. Geht man nach Bristol, so wird man finden, daß die national-indische Gummigesellschaft sich verpflichtet hat, die Gehälter der städtischen Polizeitruppe zu zwei Drittel zu bezahlen.

In jeder größeren Stadt Amerikas haben die Unternehmerorganisationen sich Forts geschaffen, um die Arbeitergewerkschaften niederzuhalten und die Roten an die Wand zu drücken, und diese Forts werden so vermannt, wie es im vorliegenden Roman gezeigt wird. In Los Angeles hat die Unternehmerorganisation eine Million Dollar aufgebracht, und das Resultat war der Fall Sidney R. Flours, der in diesem Roman kurz unter dem Namen „Sydney“ figuriert wird. Der Leser, der sich über die Einzelheiten dieses Falles informieren will, wird auf Kapitel 64 der „Wessingmarke“ verwiesen. Flours ist zweimal verhöört worden und soll bald ein drittes Mal verhöört werden, und der Staatsanwalt soll gesagt haben, man werde ihn, falls notwendig, auch ein halbes Dutzend Mal verhöören. Beim letzten Verhör wurden zusammen fünfundsiebzig Zeugen gegen Flours vorgeführt, und von diesen waren neunzehn entweder Peter Gudges, Mc Givneys oder andere Polizeispiegel oder auch irgendwelche Angestellte der lokalen politischen „Maschine“.

(Fortsetzung folgt.)

gegebenen Geldbetrag, und in zwei Fällen hat er sich auch noch einer Urkundenfälschung schuldig gemacht, indem er Quittungen mit „Fleischermeister Thiemer“ unterzeichnete. — Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 9 Monate 3 woch Haus, das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

Große Unregelmäßigkeiten bei dem Lebensmittelamt der Gemeinde Oberschöneweide kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche das Nachgericht des Landgerichts II beschloss. Angeklagt wegen Unterschlagung und unerlaubten Handels war der Kaufmann Hugo Brägle, während sich der Konditoreibesitzer Otto Jatzembski wegen Hehlerei zu verantworten hatte. — Brägle wurde beschuldigt, als kaufmännischer Angestellter des Lebensmittelamtes Oberschöneweide 240 Zentner Mehl und 40 Zentner Zucker unterschlagen und damit Schleichhandel getrieben zu haben. Jatzembski soll sich der Hehlerei dadurch schuldig gemacht haben, daß er von diesem Mehl 48 Zentner erworben hatte. Vor Gericht befandete der Buchrevisor Weißer-Grünau, daß eine genaue Prüfung der Bücher des Lebensmittelamtes ein Fehlen von 240 Zentnern Mehl und 40 Zentnern Zucker ergeben habe. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Brägle 1 1/2 Jahr Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, gegen Jatzembski wegen gewerbsmäßiger Hehlerei 1 Jahr Zuchthaus. Rechtsanwalt Puppe wies darauf hin, daß in die fraglichen Bücher von vier verschiedenen Beamten Eintragungen gemacht worden seien, so daß sich eine zuverlässige Feststellung der Menge nicht treffen lasse. Das Gericht erkannte gegen Brägle auf 1 Jahr Gefängnis

und gegen Jatzembski auf 6 Monate Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe.

Die Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte Berlin hat die Aufgabe, die nach § 11 des Schwerbeschädigtengesetzes gewählten Vertrauensleute mit den Gehaltsbestimmungen vertraut zu machen. Sie labet deshalb alle auf Grund dieses Paragrafen gewählten Vertrauensleute der Schwerbeschädigten zu einem Vortrag über die neue Verordnung vom 28. April 1921 für Montag, den 13. d. M., nachmittags 7 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses, Spandauer Straße, ein.

Quänterbesuch in Heinersdorf. Die in Berlin anwesenden amerikanischen und englischen Quänter besuchten mit anderen Gästen auf Einladung des Jugendamtes der Stadt Berlin die Kinderheimstätte auf dem Gut Heinersdorf, wo etwa 100 besonders erholungsbedürftige Berliner Kinder untergebracht sind. Für die Begrüßung durch Frau Stadträtin Wegl dankte Herr Coes namens der Quänter und fügte hinzu, daß es seinen Freunden große Freude bereite, den vorbildlichen deutschen Kindererholungsanstalten helfen zu können. Die Gäste wurden auf ihrem Rundgange durch Marschgruppen begrüßt, die von Helmskindern auf den Parkwiesen, im Gebüsch und an den Wegen gestellt waren.

Auf Abschnitt 6 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 500 Gramm Weizenmehl zum Kleinhandelsabgabepreis von 1.00 M. Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 9. bis einschließlich 18. Juni 1921.

Die Finanzkraft Berlins unerschüttert

Eine Rede des Räumers — Verminderung der Schuldenlast — Der deutschnationale Hanswurst

Wider Erwarten ergriff gestern in der Stadtverordnetenversammlung der Räumers das Wort. Den äußeren Anlaß dazu bot ihm die von den Deutschnationalen angefochtene Vorlage für das Kulturunternehmen der Freien Volkshöhne den Ausbau der Krolloper eine Bürgergesellschaft in Höhe von 8 Millionen M. zu übernehmen. Den eigentlichen Anlaß aber bot die kürzlich im Landtage gehaltene Rede des Schredenskindes der Deutschnationalen, des Pfarrers Koch, über die Finanzen Berlins.

Wir geben die Rede des Räumers im Bericht ausführlich wieder. Ihr Eindruck auf die Stadtverordnetenversammlung war überaus nachhaltig, die Rechte wagte auch nicht einen Ton von sich zu geben. Keiner der Schreier auf der rechten Seite kam Herrn Koch zu Hilfe, der in einer so überaus kläglichen Rede antwortete, daß eine Antwort auf sein Gestammel nur den Eindruck der großen Niederlage der Deutschnationalen abgeschwächt hätte. Es entsprach deshalb nicht nur dem Empfinden der drei sozialistischen Parteien, sondern auch der Meinung der Demokraten und des Zentrums, daß man es an den Ohrfeigen, die sich der wirklich nicht ernst zu nehmende Herr Pfarrer in reichlicher Zahl selber verabfolgt hatte, genug sein ließ des graulamen Spiels. Der vom Genossen Meiliß gestellte Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit den Stimmen der Sozialisten, Demokraten und des Zentrums angenommen. Mit der gleichen Mehrheit wurde dann die Genehmigung zur Bürgergesellschaft für die Volkshöhne erteilt.

Wir haben das Auftreten des Herrn Koch nicht zu bedauern. Er ist der Wortführer der Rechten. In ihm verkörpert sich ihr Wille, die Einheitsgemeinde mit allen Mitteln, auch dem der absichtlichen schwersten finanziellen Schädigung, in Schwierigkeiten zu führen. Würden diese Absichten Erfolg haben, so würde aber nicht nur die Einheitsgemeinde darunter leiden, sondern weit mehr noch die Bevölkerung. Da das gestern das allgemeine Empfinden war, so wird die Aktion des streitlustigen Herrn sicherlich für den hehigen Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nur günstige Früchte zeitigen.

Sitzungsbericht

Vorsitzer Dr. West teilt zunächst eine von ihm an das Verkehrsamt gerichtete Beschwerde mit, daß wiederholt von Schaffnern und auch Kontrolleuren der Berliner Straßenbahn die Ausweisarten der männlichen und weiblichen Stadtverordneten als Legitimationen zur Freifahrt auf der Straßenbahn nicht als maßgebend anerkannt und dadurch den Betroffenen Unannehmlichkeiten bereitet worden sind. Es müsse lebhaftes Bedauern erregen, daß es dem Verkehrsamt bisher nicht gelungen sei, die Schaffner und Kontrolleure entsprechend zu unterweisen. Magistratsbaurat Rütche sagt entsprechende baldige Abhilfe zu.

Nach einem Antrag v. Cynern u. Gen. (D. Sp.), der allgemeine Zustimmung findet, soll der Magistrat ersucht werden, die Sperrung der laufenden monatlichen Zuschüsse zu den Gehältern der an Charlottenburger Privatschulen angestellten Lehrkräfte aufzuheben.

Vom Stadta. Noeder u. Gen. (W. Sp.) liegt ein Antrag an den Magistrat vor, was er zu tun gedenkt, um die in der Kriegszeit entstandenen und jetzt überholten Preisprüfungsstellen abzubauen. Die Stadta. Dose u. Gen. (Dem.) beantragt: Die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen entweder ganz aufzuheben oder dahin abzuändern, daß Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern nicht verpflichtet sind, Preisprüfungsstellen zu unterhalten. Nach Begründung des ersten Antrages durch Stadta. Grüffer (W. Sp.) und des zweiten durch Stadta. Oscar Meyer (Dem.) erklärte Stadtrat Böhl, daß der Magistrat dem Antrag auf Aufhebung der Preisprüfungsstellen nicht zustimmen könne.

Stadta. Genosse Dr. Herz spricht sich gegen die Aufhebung der Preisprüfungsstellen aus, da wir uns gegenwärtig noch in einem Ubergangsstadium befinden. In seinen weiteren Ausführungen weist er darauf hin, daß Bestrebungen im Gange sind, angeblich zum Schutze der Landwirtschaft, die Grenzen zu schließen. Weiter werden der Einfluß von Geseislerleisch durch behördliche Verwaltungsmaßnahmen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, gerade die Einfuhr von Geseislerleisch werde preisdrückend auf den Fleischmarkt, auf dem jetzt derartige Preise zu verzeichnen sind, daß die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung immer mehr erschwert wird. Aber auch die Zuckerindustrie verlangt ein Einfuhrverbot auf Zucker; dabei sind gerade bei diesem Lebensmittelartikeln die Weltmarktpreise niedriger als im Inland. Der Standpunkt des Magistrats, jetzt von der Regierung keine Aufhebung der Preisprüfungsstellen zu verlangen, ist deshalb durchaus berechtigt. (Webb. Beifall links.)

Stadta. Linke (Dtn.) ist der Meinung, daß die Preisprüfungsstellen mit ihrem Heer von Beamten keine Berechtigung mehr haben. — Stadta. Dr. Neumann (D. Sp.) glaubt, daß man dem Antrag der Demokraten sehr wohl zustimmen könnte. — Stadta. Beelat (Soz.) lehnt die Anträge ab, ebenso Stadta. Pfeiffer (Komm.). — Die Anträge wurden abgelehnt.

Nächster Punkt betrifft die zweite Beratung der Vorlage über die Satzungen für die Hochbaudeputation und die Tiefbaudeputation.

Stadta. Widde (Dnat.) bemängelt, daß der Magistrat wohl alle anderen Beamtenkategorien vor Einbringung der Vorlage gehört habe, während die Bezirks-Stadtbauräte ausgeschaltet worden seien. Seine Fraktion beantragt Zurückverweisung der Vorlage an den Magistrat, oder bei Ablehnung Ausschlußberatung.

Stadtbaurat Geh. Rat Hoffmann erklärt, daß auch die Bezirksbauräte die Satzungen in seiner Gegenwart geprüft und ihnen ohne Bedenken zugestimmt haben. In der Hochbaudeputation bestehe Dezentralisation. Die Bauprojekte werden von den Bezirksämtern bearbeitet.

Nach Aenderungen der Stadta. Stoll (Komm.) und Leid (U. S.) wird unter Ablehnung der Anträge Widde die Magistratsvorlage angenommen.

Eine zweite Lesung hatte in der vorigen Sitzung die deutschnationale Fraktion auch bei der schon mit Mehrheit beschlossenen Magistratsvorlage auf Uebernahme einer Bürgergesellschaft für ein von der Volkshöhne aufzunehmendes Darlehen beantragt.

Stadta. Widde (Dnat.): Wir haben die zweite Lesung beantragt, weil wir es nicht für richtig halten, eine 8 1/2 Millionen betreffende Verpflichtung ohne Ausschlußberatung anzunehmen.

Stadtkämmerer Raeding: Der Magistrat hat sich entschlossen, diese Uebernahme der Bürgergesellschaft zu empfehlen. Den finanziellen Bedenken des Vorredners muß ich doch widersprechen, weil nach genauer Prüfung das zu übernehmende Risiko kein sehr großes ist. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß über kurz oder lang das Unternehmen nicht zu einem Unterbruch, sondern zu einem erheblichen Ueberertrag führen wird und daher eine Förderung eines kulturellen Unternehmens, wie es hier in Frage steht, zu befürworten ist. Der Räumers fügte hierauf längere Ausführungen über

Die Finanzlage Groß-Berlins

hinzü, wobei er folgendes darlegte:

Der Herr Stadtverordnete Koch hat vor einigen Tagen im Abgeordnetenhaus Ausführungen über die Finanzlage von Groß-Berlin gemacht, die geeignet waren, die städtischen Interessen erheblich zu schädigen und die leider dies auch in unerwartet großem Maße getan haben. Ich muß deshalb die Gelegenheit zur sofortigen Richtigstellung ergreifen.

Ueber das Anwachsen der Schuldenlast Groß-Berlins während der Kriegs- und Nachkriegsjahre hat der Magistrat schon zum Haushalts 1920 die Zahlen bekanntgegeben. Es betragen die gesamten festen und schwelenden Schulden von Groß-Berlin am 1. April 1920: 3,508 Milliarden Mark, und am 1. Oktober 1920, dem Tage der Bildung der neuen Stadtgemeinde, 4,322 Milliarden Mark.

Herr Koch hat behauptet, daß die Gesamtschuld Groß-Berlins 1/2 Jahr später, am 1. April 1921, die 5. Milliarde überschritten habe und im Laufe des Rechnungsjahres 1921 die 6. Milliarde erreichen werde. Er hat weiter behauptet, daß diesen sechs Milliarden Schulden nur Vermögenswerte von rund drei Milliarden gegenüberstünden, daß also Groß-Berlin doppelt überschuldet sei.

Alle diese Behauptungen sind falsch.

In Wirklichkeit betrug die Gesamtschuld von Groß-Berlin am 1. April 1921 nicht 5 Milliarden, sondern nur 4,106 Milliarden. Sie ist also gegenüber dem 1. Oktober 1920 nicht gestiegen, sondern sogar um 218 Millionen gesunken.

Was aber den Vergleich zwischen Schulden und Vermögen anlangt, so stehen den 4,106 Milliarden Schulden vom 1. 4. 1921 nicht 3 Milliarden, sondern annähernd 5 Milliarden an Vermögen gegenüber. Die Stadtgemeinde ist also nicht überschuldet, sondern hat einen Vermögensüberschuß, der rechnerisch fast eine Milliarde beträgt, in Wirklichkeit aber das Vielfache dieser Summe ausmacht, da die Vermögenswerte zum größeren Teile noch mit den Kriegswerten eingestuft sind. Dieses sind die richtigen Zahlen. Wie war es nun möglich, daß der Herr Kollege Koch zu ganz anderen Zahlen kommen konnte? Die Erklärung ist einfach.

Was zuerst das Verhältnis von Vermögen und Schuld anlangt, so hat Herr Koch zwei Zahlen miteinander verglichen, die zum Vergleich nicht geeignet waren. Er hat nämlich einander gegenübergestellt das Vermögen nach dem Stande von 1918 und die Schulden nach dem Stande von Ende 1921 und zwar in der übertriebenen Höhe, welche Herr Koch vermutete. Das geht natürlich nicht.

Ende 1918 betrug das Vermögen rund 3,3 Milliarden, die Schulden 2,4 Milliarden Mark. Die Schulden sind seitdem angewachsen, aber das Vermögen auch. Es stehen in den Anleihebeiträgen der Jahre 1919 und 1920 allein 638 Millionen für Neubauten, namentlich auch der Werke. Es stehen darin 588 Millionen für Kriegsausgaben, die vom Reich erstattet werden, denen also eine entsprechende Forderung gegenübersteht. Es sind also auch die Vermögenswerte angewachsen und ich wiederhole, daß am 1. 4. 21 das städtische Vermögen die Schulden, noch genau so wie 1918, um fast 1 Milliarde überstieg, auch wenn die Vermögenshöhe aus der Vorkriegszeit nur mit dem Werte von damals eingestuft bleiben.

Und zweitens das Anwachsen der Schuld. Da hat Herr Koch eine sehr leikame Rechnung aufgestellt. Er hat dem Stand der Schuld vom 1. 10. 20 einfach die 1 1/2 Milliarde hinzugezählt, die im Haushalt 1920 auf Anleihe genommen werden sollten. Auch das geht nicht, und zwar aus folgendem Grunde:

In den 1 1/2 Milliarden des Extraordinariums von 1920 stecken große Summen, die schon in den Vorjahren ausgegeben waren und bisher die schwelende Schuld erhöhten; v. B. rund 530 Millionen für die Kriegsverwaltung, die schon in den Kriegsjahren ausgegeben waren. Diese Beträge hat Herr Koch also doppelt gezählt.

Weiter: Von den 1 1/2 Milliarden des Haushalts 1920 betrifft ein weiterer großer Teil Ausgaben, die in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1920 gemacht worden waren, und deshalb schon die schwelende Schuld in diesem Halbjahr erhöhten.

Auch diese Beträge hat Herr Koch doppelt berechnet. Es ging also schlechterdings nicht an, den Stand der Schuld am 1. Oktober 1920 und den Anleihebedarf des Rechnungsjahres 1920 einfach zusammenzurechnen. Ich wiederhole, daß der Stand der gesamten städtischen Schuld am 1. April 1921 niedriger war als am 1. Oktober 1920. Es ist dies auch ohne weiteres ersichtlich, wenn man bedenkt, daß das erste Halbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 1920 zwar in allen damals noch selbständigen Gemein-

den große Ausgaben brachte, daß aber die großen Steuererlöse men sowohl an Einkommensteuer wie Realsteuern erst in das zweite Halbjahr vom 1. Oktober 1920 bis 1. April 1921 fielen.

Die Finanzlage von Groß-Berlin ist nämlich keine rosig. Aber mit allem Nachdruck muß ich dem entgegenzutreten, daß durch unrichtige Zusammenstellungen mißverständlicher Zahlen ein falsches Bild von unserer Lage hervorgebracht wird.

Die Rede des Räumers wurde von der Linken mit wiederholten höflichen Rufen an die Adresse des Stadta. Koch begleitet. Stadta. Dr. Koch (Dnat.), von der Linken mit Lärm und Zurufen empfangen, tritt dem Räumers in längerer Rede entgegen. Die Wirkung meiner Rede im Abgeordnetenhaus wird überschätzt. Ich erwarte von der großen Sachkenntnis des Räumers, daß er der bisherigen Finanzpolitik einen Riegel vorschieben wird. Der Heiler liegt in den fortgesetzten Bewilligungen großer Summen ohne Deckung. (Geschlächter und Lärm links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen den Widerspruch des Stadta. Haldenstein (D. Sp.) angenommen. Der Antrag auf Ausschlußberatung wird abgelehnt und die Vorlage auf Uebernahme der Bürgergesellschaft für das von der Volkshöhne aufzunehmende Darlehen angenommen.

Im Eiltempo wurden hierauf etwa 30 Vorlagen des Magistrats durch Annahme oder Ueberweisung an Ausschüsse erledigt.

Die Steuerordnungen auf das Halten von Wagen und Pferden sowie von Lastkraftwagen usw. gehen an den Steuerauschuß. Der nächste Verhandlungsgegenstand betrifft die Bewilligung von Mitteln zur Milchverbilligung für die minderbemittelte Bevölkerung; dazu liegen zahlreiche Anträge vor. Ein Magistratsvorlage betrifft die Genehmigung zum Ankauf von 1500 Tonnen Trockenmilchpulver zur Sicherstellung des Milchbedarfs im Herbst und Winter. Weiter wird beantragt, zu genehmigen, daß zur Milchverbilligung vom 1. April 1921 ab 400 000 M. dem Vorkontokonto entnommen werden. Stadta. Werten u. Gen. (Dem.) beantragt bis zum 1. November mit den Organisations der Fischer, Händler und Molkereibesitzer eine Vereinbarung zu treffen, daß von diesem Zeitpunkt ab die Milchbewirtschaftung ganz aufgehoben werden könne. In ähnlicher Richtung bewegt sich ein Antrag v. Cynern u. Gen. (D. Sp.).

Stadta. Dr. Kaufhold (Dnat.) greift die Milchpolitik des Milchamtes heftig an. Redner beantragt über den Magistratsantrag namentliche Abstimmung und Annahme des Antrags Widde u. Gen. (Dnat.) auf Rückgängigmachung des Beschlusses, nach welchem das über den Notbedarf hinausgehende Milchquantum zum Preise von 4 M. verkauft werden soll.

Stadta. Werten (Dem.) stellt die Frage, ob es zutreffend sei, daß das Trockenpulver von einer englischen Firma geliefert werden soll. Wir dürfen nicht solche spekulativen Geschäfte abschließen. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtrat Wüthgen bittet, den Antrag Kaufhold abzulehnen. Das Problem kann nicht einfach mit einer Handbewegung abgetan werden. Es ist keineswegs Absicht des Magistrats, der Lösung des Problems sich zuwenden unter Ausschaltung der an der Milchverbilligung Berlins interessierten Kreise. Sie werden selbstredend gehört werden, aber auch die Konsumenten! In eingehender Darlegung der wiederholten sehr schwierigen Verhandlungen mit den Produzenten verwahrt sich der Redner gegen die Anschauung, daß der Vertreter des Magistrats den Milchproduzenten den Preis von 2,60 M. gewissermaßen auf dem Präsentierblech entgegengebracht habe; das sei völlig unrichtig, denn dieser Preis sei ihm nach stundenlangen Debatten abgerungen worden. Was die Trockenmilch betrifft, so soll diese die Lücke ausfüllen, die im Herbst und Winter in der Milchlieferung entstehen wird.

Stadta. Genosse Dr. Herz spricht sich für Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuß für Lebensmittelprüfung aus. Er bedauert, daß der Stadtrat Wüthgen keine Gelegenheit genommen hat, Ausklärung über die Preisgestaltung zu geben, da namentlich in den westlichen Vororten, der Preis von 4 Mark erheblich überschritten wird. Redner tritt der Ansicht des Stadta. Werten entgegen, daß die Frage der Emulsionsmilch ein spekulatives Geschäft des Magistrats sei, sondern sie sei aus dem Verantwortungsbereich geboren, wegen der Milchverbilligung unserer Kinder und Säuglinge im Herbst und Winter. In den weiteren Ausführungen erörtert er noch das Preisverhältnis zwischen rationierter und nicht rationierter Milch, am schließlich nochmals für Ueberweisung der Vorlage an den Lebensmittelausschuß einzutreten.

Nach weiterer Aussprache wird die ganze Materie einem Ausschusse überwiesen, mit Ausnahme der Magistratsvorlage auf Bewilligung der 400 000 M. für Verbilligung der Milch usw., welche angenommen wird.

Zugestimmt wird noch dem Antrag des Ausschusses betr. Kündigung des Betriebes des Sptl. — Eine längere Aussprache erforderte der kommunistische Antrag betr. unentgeltliche Benutzung der städtischen Frei- und Flußbäder durch die Erwerbslosen, welcher in der Ausschlußfassung angenommen wurde.

Die vom Magistrat vorgeschlagenen Änderungen der Werte zur wachststeuerordnung in Gemäßheit des Erlasses des Ministers des Innern vom 19. Mai d. J. werden nach einem Widerspruch der Deutschen Volkspartei angenommen. Schluß nach 10 Uhr.

Aus der Wirtschaft

Amlich verbotener Preisabbau

§ 45 des Tabaksteuergesetzes schreibt vor, daß im Kleinhandel die Zigarren, Zigaretten usw. nicht teurer als zu dem Preise verkauft werden dürfen, zu dem sie verwerft sind. Die Unternehmer haben es nun verstanden, bei verschiedenen Landesfinanzämtern diesen Paragrafen so auslegen zu lassen, daß die Waren auch nicht billiger verkauft werden dürfen. Der Verband des Bayerischen Tabakgewerbes e. V. teilt nämlich in der „Bayerischen Tabakzeitung“ mit:

„Aber auch beim Entwurf des Tabaksteuergesetzes hat der Handel es verstanden, einen Paragrafen in das Gesetz hereinzubringen, der die Preisfreiheit verbietet. Es ist dies der § 45 Abs. 2, der vorschreibt, daß im Kleinhandel Tabakzeugnisse nur zu dem der Besteuerung zu Grunde gelegten und auf dem Steuerzeichen angegebenen Kleinverkaufspreis abgegeben werden dürfen, soweit nicht Ausnahmen vom Reichsminister der Finanzen zugelassen sind. Aus diesem Paragrafen ist ohne weiteres ersichtlich, daß nicht nur nicht unter dem Kleinverkaufspreis abgegeben werden darf, sondern es wurde auch die Meinung vom Reichsfinanzministerium anerkannt, daß auch die Abgabe von jeglichen Rabatten, sei es in bar oder durch Gratisgabe von Tabakwaren, verboten ist.“

Er habe ferner erreicht, daß er bei Anträgen auf Preisherabsetzungen gutachtlich gehört werde, weil „unreife Elemente“ durch Preisherabsetzungen den Versuch machen, das Publikum zu täuschen. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch für den Verband des Bayerischen Tabakgewerbes nicht nur darum, einmaligen Schwindlern die Möglichkeit zu nehmen, minderwertige Ware mit hochwertigen Tabaksteuern zu versehen und sie nachher — um den Anchein eines Vorzugsangebots zu erwecken — zu etwas niedrigeren Preisen zu verkaufen, als dem Steuerzeichen entspricht. Nein; er will vor allen Dingen den Preisabbau verhindern. Das geht daraus hervor, daß er gegen einen Großbetrieb, der eine Preisherabsetzung vornehmen wollte, den zuständigen Landesfinanzamt und das Reichsfinanzministerium in Bewegung setzte und mit deren Hilfe tatsächlich erreichte, daß die ungenannte Firma die Preisherabsetzung zeitlich hinausschieben mußte.

Ausbau der Wasserkraftwerke

Der amtliche preussische Pressebericht teilt mit: Zur Ergänzung der staatlichen Wasserkraftwerke im Weser-Krauelgebiet und am Main, von denen vorerst nur das Kraftwerk an der Oberaltperre in Betrieb ist, beabsichtigt die preussische Regierung vier Wasserkraftwerke an der Fulda, nämlich bei Gumpshagen, Freilshagen, Wahnhausen und Münden zu errichten. Die Regierung will ferner frühzeitig dafür sorgen, daß der weitere Bedarf an elektrischem Strom durch Wasserkraftwerke in wirtschaftlicher Weise befriedigt wird.

Das Lohnsteuergesetz

Die Beratungen vor dem Abschluß

In den neuerdings durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über die geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen schreibt der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“: Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung beabsichtigt, die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnächst auf eine andere Grundlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugsverfahrens möglich zu machen. Die Vorarbeiten sind zu diesem Zweck in den Verhandlungen, zu denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise hinzugezogen wurden, stehen gutem Vernehmen nach vor dem Abschluß und es wird in der aller nächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitseinkommens soll erreicht werden, daß bei Arbeitseinkommen unter 24 000 Mark (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird schon deshalb leicht erreicht werden, weil die gesellschaftlichen Versicherungsbeiträge, weiterhin die sich aus § 13 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Posten (z. B. Lebensversicherungs-, Sterbefallbeiträge, Beiträge für Berufsvereinigungen usw.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag — vorzugsweise 1800 M. jährlich — abgegolten werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erforderlich sein, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird, oder wenn ein Arbeitnehmer durch besondere wirtschaftliche Notstände, wie Krankheiten in der Familie, Anfälle usw. in mißliche Verhältnisse geraten ist.

Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in den Fällen geplant, wo mittellose Angehörige vom Arbeitnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird gleichfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können. Ueber die Sätze für Werbungskosten, persönliche Steuerfreiheit (das bisherige Steuerfreibetrag) usw. läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts Endgültiges sagen. Im wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Sätze unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugsverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) sondern vom Bruttoverdienst zunächst 10 v. H. errechnet und von diesem Betrag die durch die Novelle festzusetzenden Abschläge (d. h. die steuerfreien Teile) gekürzt werden.

Die bisher dem Arbeitgeber abzugende Feststellung, welche Beiträge von Lohn oder Gehalt abzugestrichen werden, fällt künftig weg. Das wird in Zukunft Sache der Behörde sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der glatte Betrag des Abzuges bekanntgegeben werden, den er von dem zehnprozentigen Lohnanteil abzusetzen hat. Ueber die Einzelheiten des Verfahrens Näheres mitzuteilen ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Spiel steht jedenfalls fest, daß für alle Beteiligten (Behörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuregelung des Lohnabzuges wesentliche Erleichterungen erstrebt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erzielt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird, was in Zeiten härtester wirtschaftlicher Anspannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Erfassung der Einkommen der freien Berufe verwendet werden können.

Deutschösterreichischer Rätekongress

Aus Wien wird uns geschrieben:

Zum drittenmal seit dem Zusammenbruch der Mittelmächte trat am 27. und 28. Mai in Wien der Kongress der Arbeiter- und Räte Deutschösterreichs zusammen. Während in allen anderen Ländern, in denen in der ersten Revolutionszeit Arbeiter- und Räte gebildet wurden, diese letztere wieder verschwunden sind, während selbst in Österreich die Verwaltung des Staates aus den Händen der gewählten Räte in die der neuen Sowjetbureaucratie übergegangen ist, haben sich in Deutschösterreich die Arbeiter- und Räte zu einer festen Organisation, dem Reichsarbeiter- und Rätekongress, zusammengeschlossen. Auf Grund eines genau geregelten Wahlverfahrens, demzufolge jeder Arbeiter in Stadt und Land das aktive und jeder achtzehnjährige Proletarier, der seiner Berufsgewerkschaft und einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden proletarischen Partei angehört, das passive Wahlrecht besitzt, wurden bisher in allen Industrieorten Deutschösterreichs alljährlich Ortsarbeiter- und Räte gewählt, die dann aus ihrer Mitte Vertreter in die höheren Instanzen der Räteorganisation, den Bezirks-, Kreis-, Landes- und Reichsarbeiter- und Rätekongress entsenden.

Dieses geregelte Wahlverfahren ermöglicht vor allem eine genaue Uebersicht über die Parteigliederung innerhalb des Klassenbewußten Proletariats. Die letzten Arbeiter- und Rätekonferenzen, die im November und Dezember 1920 in ganz Deutschösterreich stattfanden, haben deutlich bewiesen, daß das deutschösterreichische Proletariat der Sozialdemokratie treu geblieben ist. Mehr als 90 Prozent aller Stimmen wurden für die sozialdemokratischen Listen abgegeben. Die jüngste Tagung des Reichsarbeiter- und Rätekongresses (sowohl ihrer Zusammenfassung als auch dem Verlauf ihrer Verhandlungen nach die umstrittene Vorherrschaft der Sozialdemokratie im Proletariat Deutschösterreichs). Von den Bezirksarbeiter- und Rätekongressen 122 Sozialdemokraten und 9 Kommunisten entsendend.

Friedrich Adler, der Vorsitzende des Reichsarbeiter- und Rätekongresses, referierte über die politische Lage. Er zeigte eingangs, daß, wenn auch die momentane Bedeutung und Wirkungsmöglichkeit der Arbeiter- und Räte in der weltpolitischen Lage gering ist, man nicht ausschließlich von momentanen und innerpolitischen Gesichtspunkten aus urteilen dürfe. Vor allem aber war seine Rede ein treffliches Auseinanderlegen mit den Methoden der kommunistischen Internationalen. Mit wünschenswerter Klarheit hat Adler die verhängnisvolle Rolle, die die Kommunisten in der internationalen europäischen Arbeiterbewegung gespielt haben und noch spielen, aufgezeigt. Wenn man die Verhältnisse in Österreich noch spielen betrachtet, so führte Adler aus, kann man nicht mit Unrecht sagen, daß ein großer Teil der momentanen Aufgaben der Arbeiterbewegung auch ohne die Arbeiter- und Räte bewältigt werden können. Aber es wäre außerordentlich verfehlt, wenn wir uns bei der Beurteilung dessen, was der Arbeiterrat leisten kann, auf die gegenwärtige Situation beschränken und unsere Aufmerksamkeit nur auf Österreich richten und nicht die gesamte internationale Lage in Rechnung ziehen wollten. Wir werden ein Instrument, das für bestimmte Aufgaben unbedingt nötig ist, uns nicht zurücklassen lassen. Das politische Problem, vor dem heute im Arbeiterrat stehen, ist das Problem der Bedingung von der Weltrevolution. Wir sind heute, rückwärts, von der Weltrevolution, die sich das, was wir vor uns haben, und vor zwei Jahren auf der Reichskonferenz gesagt haben, vollkommen bewußt. Die Entwicklung, die wir für die revolutionäre Bewegung in Europa nach dem Kriege vorausgesehen haben, ist reiflos eingetreten. Die tatsächlichen Grundzüge, die wir Sozialdemokraten vertreten haben, haben sich durchaus bewährt, während sich die Annahmen der Kommunisten als eine fehlerhafte Beurteilung der historischen Situation erwiesen haben. Das Schlagwort, mit dem man heute gegen die Sozialdemokraten operiert, ist das, daß die Sozialdemokraten für den kapitalistischen Wiederaufbau eintreten. Gerade in diesem Ge-

denken, daß es unser Wille sei, der uns zu unserer Politik veranlaßt, zeigt sich die ganze Verwahrlosung des ökonomischen Denkens der Kommunisten. Sie haben von Marxismus überhaupt keine Spur verstanden und glauben, der Wille sei das bestimmende Moment in der Geschichte. Was uns von den Kommunisten unterscheidet, ist, daß wir eine bessere Erkenntnis der ökonomischen Entwicklungstendenzen, wie sie sich nach dem Krieg gezeigt haben, bewiesen haben. Der kapitalistische Wiederaufbau findet nicht nur in Europa, sondern auch in Sowjet-Rußland statt.

Was die Frage der Entsendung einer Studienkommission nach Rußland betrifft, so hatten wir vor einem und zwei Jahren das dringende sachliche Bedürfnis, über Rußland unterrichtet zu werden. Inzwischen sind wir ziemlich gut unterrichtet worden. Gegenwärtig können wir politisch nicht damit einverstanden sein, uns von Leuten als Gäste aufnehmen zu lassen, die uns auf das niederträchtigste beschimpfen. Wir werden mit Rußland verhandeln, wenn wir als Sozialdemokraten den Zeitpunkt für gekommen erachten. Wenn wir die Bilanz ziehen, so können wir mit dem Arbeiterrat zufrieden sein. Die Tatsache, daß der Arbeiterrat es gewiesen ist, der die Forderung des Proletariats, die wir in Deutschland wahrnehmen, verbietet hat, die Tatsache, daß wir das Proletariat wahrnehmen haben und im Arbeiterrat eine Möglichkeit hatten, sachlich miteinander zu reden, kann nur derjenige als Vorwurf betrachten, dem es nicht der Mühe wert erscheint, mit Kommunisten überhaupt zu diskutieren. Wir behalten den Arbeiterrat, damit die Einheit des Proletariats in den entscheidenden Momenten erhalten bleibt.

Der kommunistische Gegenreferent Tomann wußte den Ausführungen Adlers nichts entgegenzusetzen als die Behauptung, daß die proletarischen Parteiführer des Westens die Schuld an der russischen Rückentwicklung tragen, da sie „das Sozialistische Rußland gehemmt haben“. Im übrigen aber verwarf Tomann von den brennenden Streitfragen der internationalen proletarischen Politik abzulenken. Dafür beschäftigte Tomann sich um so ausführlicher mit den Fragen der deutsch-österreichischen Steuerpolitik. Seine Ausführungen endeten mit dem Antrag, daß der Reichsarbeiter- und Rätekongress jedem Parteimitglied, der in irgendeiner Form dazu beiträgt, daß die Arbeiterschaft besteuert und belastet wird, sei es auch nur mit einem Heller, erklärt, daß er einen Verstoß und ein Verbrechen am Proletariat begeht. Daß ein solcher Antrag von einer erst zu nennenden Körperschaft, wie sie der Reichsarbeiter- und Rätekongress ist, nicht angenommen zu werden vermag und sich auch mit Ausnahme der Kommunisten bei der Abstimmung keine einzige Hand für ihn erhob, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Sodann berichteten die Vertreter der einzelnen Landesarbeiter- und Räteverbände über ihre Wirksamkeit im letzten Jahre. Deutlich zeigte sich dabei, daß die Arbeiterräte trotz ihrer Einbuße an politischer Wirkungsmöglichkeit noch immer sehr viel wertvolle Arbeit sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung, vor allem in der Bekämpfung der Reaktion, geleistet haben. Nicht zuletzt ging aus den Berichten hervor, daß die Arbeiterräte ihre Organisation in vielen Gebieten der Provinz ausgebaut haben.

(Schluß des Berichts folgt.)

Verbandstag der Holzarbeiter

k. Hamburg, 6. Juni.

Am Montagmorgen begannen die Verhandlungen, über die wir bereits kurze Mitteilung von etwa 300 Delegierten und 40 Vertretern des Vorstandes, des Ausschusses, der Redaktion und Preiskommission und der Gauleitungen. Bei der Festlegung der Geschäftsordnung wurde die zur Herbeiführung gemeinsamer Abstimmungen notwendige Unterstufung durch 20 Delegierte auf die Zahl von 50 erhöht. Ein Antrag auf Verlängerung der Redezeit von 10 Minuten für Diskussionsredner, ebenso ein Antrag, zum Punkt „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“ einen Korreferenten zu bestellen, wurde abgelehnt. Ablehnung fanden auch alle Anträge auf Umstellung sowie Erweiterung der vorgeschlagenen Tagesordnung. Bei der Stellung der Unterstufungsfrage zu den in der Vorlage enthaltenen 459 Anträgen wurde neben einer Reihe von Anträgen anderer Charakters auch solche nicht genügend unterteilt und damit von vornherein fallen gelassen, die eine Beschädigung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Moskau und den Anstoß an die Internationale, Sibirien, Moskau, verlangten.

Vor Eintritt in die Vorstandsberichterstattung gaben R. Petersen (Kopenhagen), Groß (Wien), Reichmann (Zürich) im Namen der übrigen auswärtigen Gäste eine Schilderung der auswärtigen Berufsorganisationen mit ihren Kämpfen der letzten Zeit und widmeten dem Verbandstage mit starkem Beifall aufgenommenen Begrüßungsworte.

Dann gab Tarnow den Vorstandsbericht, wies auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht und auf das Jahrbuch hin. In Polen hat der Verband infolge der Gebietsabtretungen 18 Jahrestellen mit über 2000 Mitgliedern, an Dänemark 5, an Frankreich 5 Jahrestellen abtreten müssen. In einzelnen bespricht Redner die Art und Weise der Ausführung der Anträge, die der letzte ordentliche und dann der außerordentliche Verbandstag dem Vorstand zur Ausführung überwies. Die Schaffung eines Reichstarifs für Sägewerke war ein schmerzlicher Wunsch des Vorstandes, gelang aber bis jetzt nicht ganz, jedoch starke Bezirksverträge sind geschlossen.

Zur Tätigkeit des Vorstandes selbst sagt der Redner, daß außerordentlich schwer der Wechsel empfunden wurde, der wiederholt im Vorhinein des Vorstandes eingetreten ist. Kollege Leipart, der als Minister nach Württemberg ging, war der überragende Leiter des ganzen Vorstandes. Als er ging, waren fast alle Stimmen des Vorstandes darüber einig, daß als Nachfolger Leiparts nur Neumann in Betracht kommen konnte. Aber der Vorstand lebte von Anfang an in banger Sorge darum, daß ihm Neumann plötzlich entzogen werden konnte. Und das trat dann auch ein. Die weitere Wahl ist dann auf Tarnow gefallen, der von sich nur sagen will, daß er sich mit aller Kraft bemüht habe, sich in seine Aufgabe hineinzuarbeiten. Neue Aufgaben haben eine Vergrößerung des Verbandsbüros notwendig gemacht, aber die Vergrößerung der Mitgliederzahl von 195 000 vor dem Kriege auf 370 000, mit der einherging eine Verärgerung des Verbandsbüros von 26 Angestellten auf 47, brachte auch eine Verdreifung der Arbeiten. Zum Beispiel die Mitgliederzahl und Angestelltenzahl im Hauptbureau verdoppelte sich, aber die Zahl der Lohnbewegungen vervierfachte, die Zahl der Beteiligten vervielfachte sich. Ähnlich steht es auch mit der Zahl der Vertreter und nach anderen Fragen. Es wird daher nötig sein, weitere Anstellungen im Verbandsbureau vorzunehmen, um dort wieder zu einigermaßen menschlichen Arbeitsverhältnissen zu kommen. — Die Mitgliederbewegung

ist im ganzen genommen erfreulich. Krise und Abwanderung und zum Teil auch unangenehme Auseinandersetzungen haben die Werkskraft des Verbandes in letzter Zeit etwas geschwächt. Er wird sich bemühen müssen, diese Minderkraft zu beheben. — Was mit Lohnbewegungen zu schaffen war, habe der Vorstand ehrlich erklärt. — Differenzen, die sich aus der kommunistischen Stimmung bestimmter Mitgliederergaben, sind nicht völlig ausgeblieben, jedoch auch durch andere Organisationen. — Ein ernsthaftes Zerwürfnis trat nur ein zwischen Vorstand und Jährliche Halle. Der Vorstand sah keine Stellung der parteipolitischen Neutralität so auf, daß die Mitglieder aller Parteien die gleichen Rechte im Verbandsbureau erhalten müssen. — Tarnow teilt weiter mit, daß nun in absehbarer Zeit

„Die Geschichte des Holzarbeitergewerbes“ erscheinen wird. Der Vorstand hat weiter eine „volkswirtschaftliche Abteilung“ mit einer nationalökonomisch geschulten Kraft, Dr. Cassau, an der Spitze, eingerichtet. Die Be-

haltung dieser Einrichtung ist dem Verbandstage vorbehalten. — Die Druckerei und Buchhandlung des Verbandes entwickelte sich günstig, ebenso das Fachblatt, das vor dem Kriege im Höchstmaß 12 000 Abonnenten hatte, jetzt 22 500 hat.

Redner bespricht dann die Arbeitslosenfrage und die Teilnahme des Vorstandes an Maßnahmen zur Behebung derselben. Erfolge sind auch hier erzielt worden, insbesondere bei der Reichsvereinsarbeit, in deren Ausschüssen der Verband zur Regelung von Arbeit stets auch ein Vertreter des Holzarbeiterverbandes sitzt.

Hauptkassierer König erstattete den Kassierbericht. In Stuttgart (Auskunft) erörterte unter Verweisung auf den gedruckten Bericht Bescheid an den Ausschuss ebensfalls mehr interner Natur und hauptsächlich erfolgt wegen Ausschusses. Der Ausschuss ist zur Ablehnung dieser Bescheidungen gekommen.

Redakteur Kanfer sagte in seinem Redaktionsbericht, es sei ihm wohl bekannt, daß seine Arbeit nicht mehr den Beifall aller Kollegen finde und er nicht mehr den Vertrauen aller getragen sei. Aber es sei nur eine kleine Richtung, die verlange, daß die „Holzarbeiterzeitung“ künftighin nach den Grundrissen redigiert werde, die nicht die Grundzüge der deutschen Gewerkschaften sind. Es seien auch sonst vielleicht noch Unstimmigkeiten vorhanden, aber sie möchten in haderlichem Geist ausgeglichen werden. Den Kommunisten aber lag es, er sei stolz auf das, was sie an ihm kritisierten. Es sei ganz hoffnungslos, darauf zu rechnen, daß er sich jemals in die Richtung der von Erschaffung wenig beachteten Rostauanhänger dirigieren lasse. Redner berichtet über die Befragung der Redaktion und die Art des Zusammenarbeitens. Der Umfang der „Holzarbeiterzeitung“ wurde wieder auf vier Seiten reduziert, jedoch erschienen daneben die Beilagen „Frauenblatt“, „Holzarbeiterjugendblatt“ und „Betriebsrat“ für die Holzindustrie. Wert legte der Redner auf die Feststellung, daß ihn keinerlei Verantwortung für das bis vor kurzer Zeit in kommunistischem Geiste gehaltene Mitteilungsblatt der Berliner Ortsgruppe belaste. Die „Holzarbeiterzeitung“ habe die Pflichten erfüllt, die ihr aus der Zugehörigkeit zum I.O.B. und zu der Amerikaner Internationalen erwachsen, indem sie selbstverständlich die Pflicht der besonderen Interessensvertretung der Holzarbeiter. Dabei nehme die Redaktion darauf Bedacht, dem Blatt ein originales Gepräge zu erhalten. Parteipolitische Auseinandersetzungen, soweit es sich auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen der sozialistischen Mehrheitspartei und den Unabhängigen bezieht, sind in der Zeitung so gut wie gar nicht gepflogen worden, dagegen die Putschkritik, die mit Rascheneigewehren und Handgranaten arbeitete, dazu die „Zellenbildung“ sind in der entschiedensten Weise bekämpft worden. (Lebhafter Beifall.)

Gutekunst-Berlin als Berichterstatter der Preiskommission erörterte eifrig Beschwerden, die aber unbedeutender Art sind und in einigen Fällen in der Richtung gehen, daß die Schreibweise des „Holzarbeiters“ etwas lebhafter sein möge. Redner selber wünscht insbesondere eine härtere sozialistische, klassenkämpferische Note. Die Preiskommission aber könne die Redaktion nicht beeinflussen, wenn die Kollegen nicht mit entsprechenden Anträgen käme und daneben der Preiskommission auch mehr Rechte verleihe.

Die Mandatprüfungskommission stellte 304 stimmberechtigte Delegierte fest und empfahl Anerkennung aller Mandate.

Darauf gelangten sämtliche Berichte zur Diskussion. Vor Schluß der Sitzung wurde ein Antrag, den vom Verbandsvorstand ausgeschlossenen Kollegen Lieske-Berlin und Schnetter-Stuttgart das Recht zu geben, sich vor dem Verbandstag zu verteidigen, abgelehnt.

Gewerkschaftliches

Eisenbahner! Zur Urwahl!

Heute ist der letzte Tag, der Gelegenheit gibt, den Gewerkschaftsleiter die verdiente Rechnung zu quittieren. Eisenbahner sorgt dafür, daß eure Detonierung mit Männern besetzt wird, die fähig und willens sind, für euch Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Deshalb stimmt für die Liste

Wilhelm Schulz

Zur Nachahmung empfohlen

Das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter „Die Gewerkschaft“ bringt in ihrer Nr. 23 folgende Mitteilung: Die Stadterwerbungen von Offenbach a. M. beschloffen die Entsendung von zwei Arbeitern zu dem vom 2. Mai 1921 bis 15. Februar 1922 dauernden Lehrgang der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main. Für die Dauer des Besuchs der Akademie wird der 700-M. jährliche Lohn weitergezahlt und die Hörgelöhne von je 700 M. erhöht. Es wurde jedoch die Bedingung daran geknüpft, daß der Gemeindearbeiterverband sich verpflichtet, den Aufwand der Stadt aus dem Besuch zu ersehen, wenn die zu entsendenden Arbeiter aus eigener Entschiedenheit 3 Jahre nach der Wiederaufnahme der Arbeit aus dem Dienst der Stadt ausscheiden. Befürworter hat auch der Verbandsvorstand einen Kollegen aus Berlin und einen aus Hamburg zur weiteren Ausbildung nach Frankfurt a. M. entsandt.

Betriebsrätewahlen

Die Betriebsrätewahlen für die preussischen Behörden, welche dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium unterstehen, haben einen überragenden Erfolg der Listen der freien Gewerkschaften gezeigt. Die Betriebsrätebestände am Ende der preussischen Regierungen bestehen aus den meisten Orten nur aus Angestellten, Technikern und Arbeitern, die Mitglieder der freien Gewerkschaften sind. Im Hauptbetriebsrat für die genannten Behörden, der beim preussischen Finanzministerium errichtet wird und aus 11 Personen besteht, verteilen sich die neun mit Freigewerkschaftlern zu bestehenden Sitze nach der Organisationszugehörigkeit der Weise wie folgt:

- Zentralverband der Angestellten 3
- Bund der technischen Angestellten und Beamten . . . 3
- Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 3

Die Angestellten der Verwaltungsbehörden, welche eine wirksame Wahrnehmung ihrer Interessen erwarten, müssen sich also dem Zentralverband der Angestellten, Stb. Berlin, Oranienstraße 40/41, anschließen!

Das Reichsfinanzministerium und § 61 des B.R.G.

Während die meisten Ministerien des Reichs und Preußens dem Verlangen nach Bildung von Betriebsräten auf Grund des § 61 des B.R.G. entsprochen haben, hat es das Reichsfinanzministerium bisher verstanden, die Errichtung dieser Angelegenheit hinauszuzögern. Auf Anfrage des Abgeordneten Giesel im Reichstage ist die folgende Antwort erteilt worden: „Der Entwurf für die nach § 61 des Betriebsrätegesetzes für den Geschäftsbereich des Reichsfinanzministeriums zu erlassende Verordnung ist im Reichsfinanzministerium fertiggestellt. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer werden zu den vorgeschriebenen Verhandlungen über den Entwurf demnächst eingeladen werden, wobei auch die Bildung von Gesamtbetriebsräten zu besprechen sein wird.“

Seit dieser Antwort sind wieder Monate verstrichen, ohne daß trotz Erinnerung das Reichsfinanzministerium dazu gekommen ist, sein Versprechen einzulösen. Die gesetzlichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes einzubringen, sollte besondere Aufgabe der Behörden sein, die mit gutem Beispiel den privaten Arbeitgebern voranzugehen hätten. Beim Reichsfinanzministerium scheint diese Arbeit nicht zu bestehen. Die Gewerkschaften werden nunmehr nicht länger diesem Nichtstun des Reichsfinanzministerium zusehen.

